Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

27.05.1932 (Nr. 110)

Visual Library

Einzelpreis 15 Pfennig

BNZ

Freitag, 27. Mai 1932 • Nummer 110

Unsere Parole:

Jeder wirbt einen neuen Bezieher für die B. N. Z.

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort Bremen. Herausgeber Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25878.

Die BNZ erscheint jeden Werktag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuzügl. 36 Pfg. Bestellgeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbo., Aussperrung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugpr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10gespaltene mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Textteil RM 0.50, auswärts RM 0.70. Stellengesuche RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06. Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Neue Bürgerkriegswelle

Deutsch, treu, opferbereit

Das Programm eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten

Dessau, 26. Mai.

Der neue anhaltische Ministerpräsident Pg. Freyberg nahm nach seinem Amtsantritt im Behördenhaus die Vorstellung der Beamten und Angestellten des Staatsministeriums entgegen und hielt dabei folgende programmatische Ansprache:

„Durch das Vertrauen meines Führers Adolf Hitler bin ich berufen, die Staatsgeschäfte im Freistaat Anhalt zusammen mit Herrn Staatsminister Dr. Knorr zu leiten. Ich bin mit allen Fasern meines Herzens Nationalsozialist und werde meinem Führer Adolf Hitler die Treue halten.

Nationalsozialist sein, heißt nicht, eine Parteiherrschaft errichten, ein marxistisches System des Parteibuchs fortzusetzen, sondern Nationalsozialist sein, heißt: Deutsch fühlen, deutsch denken und deutsch handeln. Wir Nationalsozialisten erwarten nicht, daß die Beamten der NSDAP. beitreten, für uns Nationalsozialisten entscheidet allein die Leistung.

Eine Regierung jedoch, die Bestand haben will, muß im Volke des Staates wurzeln und muß daher von ihren Beamten erwarten, daß sie sich zu den Grundlagen des Deutschtums bekennen. Diese Grundlagen liegen im nationalen, sozialen und christlichen Geist. Es muß von jedem Beamten verlangt werden, daß er in unverbrüchlicher Treue zu seiner Heimat, zu seinem deutschen Vaterlande steht. Diese Treue wird sich zeigen in den Opfern, die man bereit ist, für sein Volk und Vaterland zu bringen. Wir wissen, daß der Weg unseres Landes Anhalt, unseres deutschen Vaterlandes zu neuer Blüte und Wohlstand ein Opfergang ist und auf diesem Wege haben alle die, welchen eine führende Stelle im Staat anvertraut ist, voranzugehen.

Zur Mitarbeit in diesem Sinne rufe ich Sie auf und bitte unseren Herrgott um seinen Segen, damit das schwere Werk des Wiederaufbaus unseres Landes Anhalt und unseres deutschen Vaterlandes gelingen möge.

Gott schütze unser Land Anhalt, es lebe unser deutsches Vaterland!"

Hierauf ergriff Herr Staatsminister Dr. Knorr das Wort, um auch seinerseits die Angehörigen des Staatsministeriums zu begrüßen und sie zu pflichteifriger Mitarbeit an der Neugestaltung der Dinge aufzurufen.

Im Namen der Beamten und Angestellten versicherte Herr Staatsminister a. D. Müller beiden Ministern, daß es ihnen eine Selbstverständlichkeit sei, an der Lösung der Aufgaben, die sich beide Minister gestellt hätten, zum Wohl des Landes und des Vaterlandes mitzuarbeiten.

Gegen Unterstützungsabbau

Straßenkundgebungen in Wuppertal.

Wuppertal, 26. Mai. Infolge der Kürzung der Unterstützungssätze kam es am Donnerstag mittag mehrfach zu Straßenkundgebungen an verschiedenen Zahlstellen des Wuppertaler Wohlfahrtsamtes. Etwa 300 Personen drangen in das Barmer Rathaus ein, doch konnte die Polizei das Gebäude bald wieder säubern. Am Elberfelder Wohlfahrtsamt wurden mehrere Fensterscheiben eingeschlagen.

Feuerüberfall auf NS.-Lokal

KPD.-Schützengruppen mit Dum-Dum-Geschossen

Hamburg, 26. Mai. Gestern abend gegen 23.15 Uhr griffen kommunistische Stafseln das Verkehrslokal der Uhlenhorster Nationalsozialisten an und versuchten, in das Lokal einzudringen. Der Angriff wurde zurückgewiesen. Die Scheiben völlig zertrümmert.

Der Bericht der zuständigen Parteistelle

Das Lokal Deutsches Eck liegt in einer verhältnismäßig ruhigen Straße. Zusammenstöße sind dort bisher nicht vorgekommen.

Gestern abend wurde trotzdem, da die KPD. im ganzen Stadtgebiet schwere Ueberfälle ausführte, ein besonderer Wachdienst eingerichtet. Gegen 23 Uhr wurden die Wachen eingezogen und nur vor der Tür ein Posten belassen. Dieser Posten meldete dann nach wenigen Minuten das Anrücken größerer kommunistischer Trupps, die das Lokal anscheinend in die Zange nehmen wollten. Das Lokal selbst wurde von Frauen und älteren Gästen geräumt. Kaum war diese Vorsichtsmaßregel durchgeführt, als auch schon ein Steinhagel durch die verschiedenen Fenster prasselte. Einige Schüsse wurden auch in das Lokal abgefeuert. Kleinere Trupps, die einzudringen versuchten, wurden durch energische Gegenwehr an ihrem Vorhaben gehindert und zogen sich zurück.

Erst als diese Haufen das Schußfeld freigaben, erfolgte aus 40 bis 50 Meter Entfernung ein Feuerhagel, von dem jeder Mensch, der auf den Gedanken gekommen wäre, das Lokal zu verlassen, durchsiebt worden wäre. Sekundenlang dröhnte die stille Straße von dem Getnatter der Pistolenschüsse wider. Aus Haustüren, aus Gärten und hinter Bäumen hervor zuckte Schuß auf Schuß. Nur dem taktisch richtigen Verhalten der Angegriffenen ist es zu verdanken, daß nicht mehrere Tote auf der Strecke geblieben sind.

Auf Grund einer heute morgen durchgeführten Untersuchung der Umgebung des Lokals konnte festgestellt werden, daß mindestens 40 bis 50 Schuß abgegeben worden sind. Patronenhülsen wurden mehr als 30 gefunden und zwar Kaliber 6,33 und 7,35. Da auch Patronen gefunden wurden, konnte weiter festgestellt werden, daß die **Kommunisten mit Dum-Dum-Geschossen gefeuert haben. Die Spitzen der Kugeln sind mit einer Feile abgeplattet worden.**

Die Polizei benahm sich, wie meistens in diesen Fällen. Während der Schießerei und während des Angriffs war keine Tschakospitze zu sehen. Nachdem alles vorüber war und empörte Anwohner der umliegenden Straßenzüge bereits die Straße füllten, erschienen mehrere Beamte und machten die üblichen Feststellungen. Zwei der Polizisten wußten der staunenden Menge sogar zu berichten, daß sie die Haufen hätten laufen sehen und beinahe umgerannt worden seien. Außerdem wurde von der Polizei ein Bericht herausgegeben.

Bemerkenswert ist weiter auch, daß die Beamten — nach eigenen Aussagen — nicht im geringsten darüber orientiert waren, daß kommunistische Haufen in der Stadt herumtobten und darum ein verschärfter Wachdienst wohl angebracht sei.

Die Polizei macht es kurz:

In letzter Nacht, kurz nach 23 Uhr, wurden die Scheiben eines in der Arndtstraße belegenen Verkehrslokals der NSDAP. von durch die Flucht entkommenen Personen eingeworfen bzw. durch Schüsse zertrümmert. Personen sind nicht verletzt. Mitteilungen, die zur Festnahme der Täter führen können, nehmen die Polizeiwachen, Kriminalreviere und die Kriminalpolizei Stadthaus entgegen.

Hindenburg gegen die Notverordnung

Neue Schwierigkeiten im Kabinett

Berlin, 27. Mai. Staatssekretär Dr. Meißner ist heute vormittag aus Neudeck nach Berlin zurückgekehrt, nachdem er den Reichspräsidenten über die Grundzüge der neuen Notverordnung eingehend unterrichtet hat. Irgendwelche Beschlüsse sind nicht gefaßt worden. Der Reichspräsident selbst wird im Laufe des Sonnabend nach Berlin abreisen und voraussichtlich am Sonntag vormittag den Reichskanzler zu einer eingehenden Aussprache sowohl über die Notverordnung wie auch über die Erweiterung bzw. Umbildung des Reichskabinetts empfangen.

Staatssekretär Dr. Meißner hat sofort nach seiner Rückkehr aus Neudeck dem Reichskanzler Brüning über seine Besprechungen mit dem Reichspräsidenten eingehend Bericht erstattet. Allen Anzeichen nach scheint es sich zu bestätigen, daß

das Reichsoberhaupt gegen die Notverordnung erhebliche Bedenken geltend gemacht, ja sie in der vorliegenden Form abgelehnt hat.

Von amtlicher Seite wird kleinlaut zugegeben, daß das Notverordnungswerk in einigen Punkten noch Aenderungen (!!) erfahren dürfte. Eilfertig fügt man hinzu, daß derartige Aenderungen auf irgendwelche Schwierigkeiten innerhalb des Kabinetts nicht stoßen würden (!!). Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß bereits seit Tag und Stunde erhebliche Differenzen wegen der neuen Notverordnung vorhanden sind. Die ablehnende Haltung Hindenburgs wird ganz gewiß nicht dazu beitragen, diese Differenzen zu überbrücken, sondern dürfte sie eher noch weiter verschärfen, so daß die Situation für Herrn Brüning immer hoffnungsloser wird. Vor allem dürfte es Herrn Brüning nicht gelingen, die Personenfrage einfach durch Hereinnahme einiger neuer Minister, die zudem nicht aufzutreiben sind, zu lösen. Auch in diesen Fragen scheint Hindenburg sein Einverständnis nicht ohne weiteres geben zu wollen, sondern auf eine totale Lösung zu drängen, die einzig und allein darin besteht, daß die Verhältnisse im Reich denen in Preußen angeglichen werden. Die Entscheidungen auch über diese personellen Fragen sind erst nach dem Vortrag zu erwarten, den der Reichskanzler am Sonntag dem Reichspräsidenten von Hindenburg nach dessen Rückkehr nach Berlin erstatten soll.

Oesterreichische Querschnitte

Nekrolog auf die Heimwehren. — Christlichsoziale Lektion für das „katholische" Zentrum. — Dollfuß — ein Zwischenspiel.

Der Gründer, frühere Führer und bisherige Ehrenvorsitzende der Heimwehren, Dr. Pfrimer, hat öffentlich und in der schärfsten Form die gegenwärtige Führung der Heimwehren in bezug auf ihre Taktik, Methodik und Kursrichtung verurteilt und sich ohne Einschränkung von den Kreisen um Starhemberg losgesagt. Andere Führer haben den gleichen Schritt getan. Damit ist ein in der letzten Zeit immer offensichtlicher zu Tage getretener Gegensatz zwischen den steierischen Heimatwehren und dem übrigen Heimwehrverband akut geworden.

Dr. Pfrimer erklärt sehr richtig, daß der Sinn der Heimwehren in einem bedingungslosen Kampf gegen das System bestand, daß in diesem Kampf alle Kompromisse mit und für das System oder die Systemträger der Anfang zum Ende gewesen seien.

Ihm gegenüber steht der „Kompromißler" Starhemberg, der zwar im Augenblick noch die formale Kommandogewalt in den Händen hat, dem aber andererseits die Unterführer davonlaufen. Die Heimwehren im ganzen gesehen, haben in den letzten Jahren eine Halbpartpolitik betrieben, die ihnen nunmehr den Rest gegeben hat. Denn mit dem Austritt Pfrimers aus dem Heimwehrlager sind diese als politische Wehrorganisation erledigt.

Die nationalsozialistische Partei — das ist die letzte Konsequenz, die wir heute ziehen können — hat also recht behalten. Ihre schon vor vielen Jahren eingenommene Haltung hat sich nunmehr im historischen Sinne bestätigt. Es hat sich gezeigt, daß die Heimwehren — als negative „antimarxistische" Kampforganisation — an ihrer eigenen Ziel- und Programmlosigkeit zugrunde gegangen sind und daß sie schon vor Jahren nichts weiter waren, als ein aufgeschwemmtes politisch sein wollendes Monstrum, das sich bei jedem Schritt selbst im Wege stand.

Als kürzlich in Graz der berüchtigte „Sexualforscher" Magnus Hirschfeld auftrat, schrieb die christlichsoziale „Reichspost" in ihrer Nr. 132, daß die „auf Sauberkeit bedachte Jugend remonstriert" habe. Tatsache war, daß die Nationalsozialisten gegen das Auftreten Hirschfelds so schneidig Protest einlegten, daß es diesem nicht möglich war, seinen konzentrierten pseudowissenschaftlichen Schmutz los zu werden. Es ist nun interessant zu beobachten, wie im Reich das angeblich katholische Zentrum sich hinter die Hirschfelds stellt und von „nationalsozialistischen Anpöbeleien" redet, während hier die ebenfalls katholische christlichsoziale Partei von der „auf Sauberkeit bedachten Jugend" spricht.

Nach der Wahl vom 24. April gab es — bei ehrlichen Politikern — nur die Möglichkeit einer sofortigen Nationalratsauflösung. Eine bürgerliche Minderheitsregierung konnte keinen Bestand haben. Ein „antimarxistisches Konzentrationskabinett" scheiterte an den Großdeutschen, die den negativen Antimarxismus der Christlichsozialen als leere Geste betrachten, obwohl der ihrige auch nicht ehrlicher gemeint und wirksamer

ist. Alle anderen Möglichkeiten einer Regierungsbildung konnten von vornherein nicht in Frage kommen.

Das wußten die Herren Buresch und Dollfuß. Wenn sie trotzdem an die Regierungsbildung schritten und wenn sie dabei — was vorauszusehen war — zu keinem eigentlichen positiven Resultat, nämlich zu keiner stabilen Regierung kommen konnten, dann ist der Trieb zu dieser für sie peinlichen Blamage nur mit der Angst vor Neuwahlen zu erklären.

Landtagspräsident Pg. Kerrl erzählt

„In meiner Amtszeit wird es keinen Terror gegen uns geben!"

Im „Angriff" lesen wir:

Kaum war Parteigenosse Kerrl zum Präsidenten des Landtags gewählt, als auch schon auf der Tür des Präsidentenzimmers sein Namensschild erschien. Prompte Bedienung, das muß man sagen. Ihn auf einige Minuten zu einer Unterredung zu bekommen ist nicht leicht, denn neben der Arbeit des Parteigenossen steht noch die Scheu des bescheidenen alten Kämpfers, der gar keinen Wert darauf legt, sich besonders genannt zu sehen. Aber schließlich erwischt man ihn doch in seinem Arbeitszimmer.

Keinen Terror

„Ich beglückwünsche Sie auch im Namen des „Angriff" zu Ihrer neuen Würde. Obschon Sie ja im Reichstag eine unverhüllte Parteidiktatur auf dem Präsidentensessel sehen, werden Sie sicher streng gerecht handeln!"

Pg. Kerrl lacht bei der Nennung des Reichstages spöttisch auf, als wollte er sagen: Auch ein Vergleich mit uns. „Selbstverständlich werde ich objektiv sein und gerecht, dafür bin ich Nationalsozialist. Natürlich wird es keinen Terror mehr gegen uns in meiner Amtszeit geben." Darüber ist ja weiter kein Wort zu verlieren.

„Zu gegebener Zeit . . ."

„Sie sind Beamter, Pg. Kerrl, eigentlich ist es doch seltsam, daß man gegen Sie in den letzten Jahren nicht vorgegangen ist."

„Ja, sie haben es nie versucht, weil ich Abgeordneter war, und zwar schon vor 30, wo die Verordnung bekanntlich herauskam. Ich habe gleich eine kleine Anfrage gestellt und mich erkundigt, wie es denn mit mir stünde, ich dächte nicht daran, die Partei zu verlassen. Die Antwort war, daß man zu gegebener Zeit an ein Disziplinarverfahren herantreten würde. Dann blieb alles still. Ich wiederholte vor einem halben Jahr die Anfrage, da antwortete man ungeduldig, ich hätte doch schon die Antwort bekommen: „Zu gegebener Zeit . . ." Na, die scheint ja noch nicht gekommen", fügt er sarkastisch hinzu.

Die erste Keilerei

„Was war wohl Ihr lustigstes Erlebnis im Landtag in diesen vergangenen Jahren?"

„Wenn ich ehrlich sein muß, am lustigsten war es außerhalb, aber immerhin, am spaßigsten war die erste Sitzung 1928, die gleich mit einer Keilerei begann. Ungehindert verprügelten Kommunisten den Landvolkmann Ponsick. Das gab mir einen Begriff von dem Landtag. Uebrigens dachte damals niemand an den Schnellrichter. (Eine halbe Stunde später kamen die Kommunisten im Hohen Hause hinkend aus dem Saale, eine Provokation war ihnen zum erstenmal schlecht bekommen)."

Seit 1923 Parteigenosse

„Wie war eigentlich Ihre Laufbahn? Stammen Sie nicht aus einer alten hannoverschen Familie?"

„Das stimmt. Mütterlicherseits komme ich aus einer alteingesessenen Familie der Stadt Hannover und mein Vater ist Niedersachse. Ich wurde in Fallersleben, der Stadt des Deutschlandlied-Dichters geboren, mein Vater war dort Rektor, mein Großvater war übrigens auch Lehrer, genau so wie mein Urgroßvater. Ich selbst schlug die mittlere Justizlaufbahn ein. Wurde Einjähriger bei den 92ern in Braunschweig, kam ins Feld, erhielt 1916 das E. K. 1, wurde verwundet und schließlich krank. Offizier bin ich schon 1915 geworden. Bis 1917 stand ich im Felde, im September erkrankte ich schwer, als die Revolution kam, war ich gerade wieder genesen, ich wurde nur noch zur Bekämpfung der Revolution eingesetzt. Dann wurde ich Justizoberrentmeister und schließlich 1923 Parteigenosse. Meine Mitgliedsnummer ist 8651, Sie sehen, so ganz jung stehe ich doch nicht in der Bewegung."

Niemand ohne Ordnungsruf

„Es geht die hübsche Sage, daß Sie in diesem Landtag nicht einen einzigen Ordnungsruf erhalten hätten?"

„Na, so ganz ist es doch nicht. Immerhin, ich habe es nur auf zwei Ordnungsruf, gebracht. Zwar beantwortete ich dabei Anpflaumereien, aber das machte ja damals einem Präsidenten nichts aus."

„Nun, das wird jetzt ja anders."

„Daraff können Sie sich verlassen."

Karl Martin Friedrich

Die „antifaschistische" Aktion beginnt

Fünfzehn Schußverletzte

Hamburg, 26. Mai. Die kommunistische Aktion, die am Mittwochabend zu den Vorfällen am Jungfernstieg führte, wurde am Donnerstag fortgesetzt. Bereits in den frühen Vormittagsstunden hatten sich an verschiedenen Stellen der Stadt, vor allem vor den Arbeitsämtern größere Menschenmassen angesammelt, die, offenbar einer kommunistischen Aufforderung folgend, eine Kundgebung zu veranstalten versuchten. Mittags bewegte sich ein Zug zum Alten Steinweg, wo die Scheibe eines Fettwarengeschäftes eingeworfen wurde. Die Kundgeber zogen dann weiter zur Michaelisstraße. Hier wurde ein größeres Polizeiaufgebot eingesetzt, um den Zug aufzulösen. Bei dieser Gelegenheit sind auch Schüsse gefallen. Ein Schuß traf einen Kraftwagen und entzündete den Benzinvorrat, so daß der Wagen in Flammen aufging.

Im Verlauf der Polizeiaktion gegen die kommunistischen Ansammlungen kam es kurz nach 12 Uhr am Sägerplatz zu einem schweren Zusammenstoß. Eine größere von Kommunisten aufgehetzte Menschenmenge nahm scharf gegen die Beamten Stellung. Es fielen plötzlich Schüsse aus den Reihen, wodurch ein Polizeibeamter verletzt wurde. Darauf machten auch die Beamten von ihrer Waffe Gebrauch. Hierbei sollen 15 Personen schwer verletzt worden sein.

Die Polizeibehörde gibt folgenden Bericht über die Vorfälle heraus: „Heute nachmittag gegen 13 Uhr versuchten Kommunisten am Sägerplatz zu demonstrieren, um in die innere Stadt zu gelangen. Ordnungspolizisten schritten ein und drängten die Demonstrierenden in Richtung Michaelisbrücke ab. Plötzlich wurden auf Beamte aus Revolvern Schüsse abgegeben. Ein Ordnungspolizist brach, durch zwei Brustschüsse und einen Schenkelschuß schwerverletzt, zusammen. Die Ordnungspolizisten machten nun von ihren Waffen Gebrauch. Einer der Angreifer, die auf die Beamten geschossen hatten, wurde verletzt und ist von den Demonstranten abgeschleppt worden. Ob weitere Personen getroffen sind, steht noch nicht fest. Die Polizei löste die Ansammlungen auf."

Ausschreitungen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 26. Mai. Am Donnerstag kurz nach 18 Uhr erschien plötzlich in einer der Hauptverkehrsstraßen der Stadt, der Königsallee, ein Trupp von etwa 100 bis 150 Leuten. Sie liefen zunächst unter dem Gesang der Internationale im Laufschritt durch die Straßen, ergriffen dann plötzlich die vor einem Kaffeehaus stehenden Stühle und Tische und schleuderten sie in die großen Spiegelscheiben mehrerer Geschäfte. Zwölf große Schaufensterscheiben und verschiedene Glasscheiben parkender Kraftwagen wurden zertrümmert. Die Demonstranten zerstreuten sich, bevor die Ueberfallkommandos zur Stelle waren.

Landtagspräsident Pg. Kerrl zu den Zusammenstößen.

Berlin, 27. Mai. Der Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, erklärte am Donnerstag mittag, daß über die Folgen aus den Zusammenstößen im Landtag noch nichts gesagt werden könne. Er werde veranlassen, daß sich in Zukunft vor der Rednertribüne Abgeordnete auf keinen Fall mehr versammeln dürften. Die Frage, ob die gegenwärtigen Ordnungsbestimmungen des Hauses verschärft werden müssen, werde erst im Einvernehmen mit dem Aeltestenrat entschieden werden können.

Am Donnerstag vormittag weilten einige höhere Beamte der Berliner Polizei im Landtagsgebäude. Der Präsident äußerte die Ansicht, daß die Polizeioffiziere dem Hause lediglich einen privaten Besuch abgestattet haben, was ihnen selbstverständlich, wie jedermann, freistehe.

Neuer Geschäftsordnungsantrag der Nationalsozialisten

Berlin, 25. Mai. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Aeltestenrat des Preußischen Landtags einen neuen Geschäftsordnungsantrag angekündigt, wonach der Geschäftsordnungsausschuß ersucht werden soll, eine neue Geschäftsordnung für den Landtag auszuarbeiten. Dieser nationalsozialistische Antrag soll in Verbindung mit dem Geschäftsordnungsantrag der Deutschnationalen auf die Tagesordnung der nächsten Vollsitzung des Preußischen Landtages am 1. Juni gesetzt werden. Ferner wird die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung die Beratung der deutschnationalen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen das geschäftsführende Kabinett Braun vorsehen.

NSDAP.-Antrag auf Aufhebung des SA.-Verbots mit 1 Stimme Mehrheit abgelehnt.

Berlin, 25. Mai. **Im Haushaltungsausschuß des Reichstages wurde über unsere Anträge auf Aufhebung des SA.- und SS.-Verbots abgestimmt: Für die Aufhebung ergaben sich 17 Stimmen: Es stimmten dafür Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und KPD. Dagegen ergaben sich 18 Stimmen, und zwar Sozialdemokraten, Zentrum und Bayerische Volkspartei und Christlich sozialer Volksdienst.**

Appell an den Reichspräsidenten

Berlin, 25. Mai. Wie wir erfahren, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion sich heute mit einem dringenden Appell an den Reichspräsidenten gewandt, um gegen die geplanten Notverordnungen, die schon jetzt stärkste Erregung im Volke auslösen und **allen während der Wahlzeit von der Regierung gegebenen Zusicherungen widersprechen**, Verwahrung einzulegen und gleichzeitig den Reichspräsidenten zu bitten, auf Grund der ihm im Artikel 24 der Reichsverfassung gegebenen Vollmacht von sich aus die alsbaldige Einberufung des Reichstages zu veranlassen. Dem Schreiben wird neben einer staatsrechtlichen Darlegung der bekannten Vorgänge, mit denen Herr Loebe die Ausschaltung des Reichstages begründet, das entscheidende Urteil des Staatsgerichtshofes des deutschen Reiches vom 12. Februar 1932 beigefügt werden, aus dem die Unhaltbarkeit der bisherigen Entscheidungen des Herrn Loebe hervorgeht.

Wir haben keine Veranlassung zu glauben, daß diesem Appell ein anderer Erfolg beschieden sein wird als seinen zahllosen Vorgängern.

Verurteilung für Notwehr

Wuppertal, 26. Mai. In dem Prozeß vor dem Wuppertaler Schwurgericht, der auch in der letzten Sitzung des Preußischen Landtags eine Rolle gespielt hat, verkündete der Vorsitzende am Donnerstag abend das Urteil, das die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Hückeswagen zum Gegenstand hatte. Es wurden verurteilt: der 47jährige Dachdecker Marx wegen Totschlags zu 5 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, der 27jährige Bäcker Hermann Willmund wegen Totschlages zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis und der 31jährige Zahnarzt Dr. Heinrich Heukenkamp wegen Raufhandels zu einem Jahr drei Monate Gefängnis. Die Haftbefehle gegen Willmund und Heukenkamp wurden aufrechterhalten. Marx, der aus der Untersuchungshaft entlassen war, wurde wieder in Haft genommen.

Wie erinnerlich, lagen dem Prozeß die Zusammenstöße zugrunde, die sich am 13. 3. zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Hückeswagen ereignet hatten. **Mehrere Nationalsozialisten waren von den Kommunisten schwer mißhandelt worden, worauf die Nationalsozialisten zur Selbsthilfe gegriffen hatten.** Bei dem sich darauf entspinnenden Kampf wurden drei Kommunisten getötet.

Nationalregierung in Japan gebildet.

Tokio, 26. Mai. Das japanische Kabinett ist fertiggestellt. Ministerpräsident Admiral Saito wird auch das Außenministerium übernehmen. Finanzminister bleibt Takahschi. Das Innenministerium erhält Baron Jamamoto, ein Führer der Minseito-Partei, das Kriegsministerium General Hajashi, das Marineamt Admiral Okado.

Jimmy Walker als Amerikaner

Bürgermeister Walker von dem Untersuchungsausschuß.

Newyork, 25. Mai. Vor dem vom Gouverneur Roosevelt zur Untersuchung der Newyorker Stadtfinanzen eingesetzten Untersuchungsausschuß begann am Mittwoch die Vernehmung des Bürgermeisters Walker als Zeuge über dessen private Finanzangelegenheiten. Es wurden nur 350 Personen zugelassen. Die polizeilichen Absperrungen sind sehr streng. Hauptpunkt der Untersuchung ist Walkers Europareise im Jahre 1927. Er soll angeblich während seines sechstägigen Aufenthalts in Paris 15 000 Dollar ausgegeben haben. Ferner soll Walker große Summen als „Entschädigung für politische Beratung" angenommen haben. Das Verhör dauert voraussichtlich drei Tage. Das Ziel des Staatsanwalts Seabury, der die Untersuchung leitet, ist der Antrag auf Amtsenthebung des Newyorker Bürgermeisters.

Nachdem Walker den Immunitätsverzicht unterzeichnet hatte, verteidigte er sich gegen die Beschuldigung, die Omnibus-Gesellschaft durch eine Lizenzgewährung unterstützt zu haben, wofür ihm für seine Europareise ein Kreditbrief in Höhe von 10 000 Dollar ausgestellt worden sei. Als Bürgermeister Walker dem Staatsanwalt erklärt: „Noch bin ich Oberbürgermeister von Newyork," spendeten die Zuhörer lebhaften Beifall. Bezüglich seiner Europareise erklärte der Bürgermeister, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erwähnten 13 000 Dollar den Reisefonds für die ganze unter seiner Führung stehende Reisegesellschaft darstellten.

Im weiteren Verlauf der Sitzung forderte Bürgermeister Walker den Staatsanwalt auf, ihm den Zweck der Untersuchung klipp und klar darzulegen. Seabury antwortete, daß Walkers private Finanzangelegenheiten zumindest verdächtig seien. Es erhob sich darauf im Saal ein Riesentumult. Die Parteifreunde Walkers im Ausschuß, sowie die Zuschauer, schrien, tobten und lachten. Der Vorsitzende unterbrach schließlich die Sitzung. Nach der Wiederaufnahme des Verhörs teilte Walker mit, daß er zusammen mit dem Verleger Paul Block ein gemeinsames Konto eröffnet habe. Block legte 1000 bis 2000 ungenannte Aktien ein, Walker **nichts**. Infolge der Börsenhausse vom Februar 1927 bis August 1929 erzielten die Kontoinhaber einen Gewinn von fast einer Viertel Million Dollar. Hiervon erhielt **Walker 102 000 Dollar.**

Kleine Politik

Bei einer unvermuteten Nachprüfung der Oberamtssparkasse in Vathingen-Enz wurden große Unterschlagungen festgestellt. Von zwei höheren Beamten, denen Falschbuchungen nachgewiesen werden konnten, hat sich der eine bereits erschossen, während der andere ein volles Geständnis abgelegt hat.

In Rumänien ist unter Führung des Senators Tatarescu eine nationalsozialistische Partei gegründet worden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese rumänische Partei, deren Hauptkampf dem Bolschewismus gilt, weder in einem Zusammenhang mit der NSDAP. noch mit dem italienischen Fascismus steht.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Armee in Schanghai, General Schirakawa, ist heute morgen seinen bei dem Bombenattentat erlittenen Verletzungen erlegen.

In Altona wurden nach mehrtägiger Verhandlung vier Kommunisten, denen ein planmäßiger Ueberfall auf ein NS.-Verkehrslokal nachgewiesen werden konnte, zu Gefängnisstrafen von einem Jahr zwei Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt.

Teddy ist abgesägt

Beratung der Komintern-Strategen — Ein frommer Wunsch: „Hitlerpartei soll zersetzt werden."

Kowno, 27. Mai. In Moskau haben in der letzten Zeit im Präsidium des Vollzugsausschusses der Kommunistischen Internationale eingehende Besprechungen über die politische Lage in Deutschland stattgefunden. An diesen Besprechungen sollen nicht nur die bedeutendsten Führer der Kommunistischen Internationale teilgenommen haben, sondern auch die Vertreter der sowjetrussischen Kommunistischen Partei, darunter Stalin, Molotow und Pjatnicki. Wen man in Moskau bisher gegenüber den Erfolgen der NSDAP. nicht beruhigt war, so hatte man geglaubt, daß das Anwachsen der Hitlerbewegung gleichzeitig auch ein Anwachsen der kommunistischen Bewegung bringen würde. Jetzt hat man jedoch erkannt, daß diese Erwartung falsch war. Es wurde deshalb beschlossen, die Politik der Komintern in Deutschland zu ändern und der KPD. neue Richtlinien zu geben und zwar:

1. Verhinderung der Hitlerpartei, in Preußen an die Regierung zu kommen.

2. Bekämpfung der nationalen Blöcke.

3. Zersetzung der Hitlerpartei und seiner Jugendorganisationen durch Propaganda bei denjenigen Mitgliedern der Hitlerbewegung, die früher kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen angehört haben.

4. Forderung der Auflösung der Parlamente in Preußen und im Reich und Ausschreibung von Neuwahlen.

Diese Richtlinien der Komintern beweisen, daß die Führung der KPD. nicht mehr in den Händen von Thälmann, sondern in denen von Heinz Neumann und Pieck liegen wird, die jetzt eine entscheidende Rolle in der „deutschen" Sektion der Komintern spielen werden.

*

Die Komintern-Strategen sind erheblich im Irrtum, wenn sie glauben, das Rad der Geschichte zurückdrehen und „die Hitlerpartei zersetzen" zu können. Daß die Massen zum Nationalsozialismus kommen, liegt eben nicht an den besseren Methoden der NSDAP., sondern an der unbedingten Richtigkeit und Ueberzeugungskraft der nationalsozialistischen Idee. Der marxistische Massenwahn hat seine Wirkung verloren, da ist es vollkommen gleich, ob der jetzt abgesägte Teddy oder Heinz Neumann den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen versuchen.

Die Oldenburger Wahlen

Ihr Sinn, ihr Ziel, ihre Aussichten.

Noch nie ist den Wahlen auch in den kleinsten deutschen Ländern ein derartig großes Interesse entgegengebracht worden wie in den letzten Monaten. Der Deutsche ist in wenigen Jahren durch die geniale und gigantische Aufklärungsarbeit der Bewegung Adolf Hitlers dem Ziel, ein „politischer Mensch" zu werden, wie es der Engländer und der Franzose schon lange sind, erheblich nähergekommen. Was vor Jahren noch „die Stimme eines Predigers in der Wüste" war, ist dadurch, daß ein Mann die Vielheit der Masse in heißem Bemühen zum lebenden Resonanzboden umschuf, zu brausenden Akkorden und hellen Fanfarenklang geworden. Das Erwachen des deutschen Menschen aus bleierner Resignation zum unbeugsamen Willen, die Fesseln zu sprengen und seines deutschen Schicksals Schmied zu werden, im Schicksalsgenossen den Volksgenossen zu erkennen und aus allen ein einziges Volk erst erstehen zu lassen, das wir noch nicht sind, — das wird einmal vor der Geschichte aller Völker als einzig und unerhört befunden werden. Daß ein Volk mitten im wirtschaftlichen, sozialen, charakterlich-sittlichen und kulturellen Zusammenbruch, schon in der Agonie, wie durch ein Gotteswunder in sich die Kraft fand zur Einkehr, Umkehr und Aufstieg, das ist ohne Beispiel in der Geschichte. Der Freiheitskampf ist in sein entscheidendes Stadium getreten, das deutsche Ziel ist von Millionen erkannt, immer neue Kämpfer strömen zu den Fahnen, und jeder neue Teilsieg, jede gestürmte Stellung lähmt die Gegner, stählt die Kämpfer und zwingt den Endsieg näher heran.

In diesem Sinn ist auch die Oldenburger Landtagswahl von entscheidender Bedeutung. Wer das etwa noch nicht wußte, dem konnte es unseres Führers persönliches Eingreifen in den Wahlkampf beweisen, seine Fahrten von seinem Standquartier, dem kleinen Dorf am Nordseestrand, zu den Riesenversammlungen in der Landeshauptstadt Oldenburg, in dem ehemaligen roten Bollwerk Rüstringen, bei den Bauern in Rodenkirchen, in der Arbeiterstadt Delmenhorst, in der Zentrumshochburg Cloppenburg, in Zwischenahn, dem Hauptort des getreuen Ammerlandes. Der neue Landtag soll eine klare nationale Mehrheit besitzen und das bisherige „Beamtenkabinett" der **knechtseligen** Fügsamkeit gegenüber dem System der Notverordnungen und der Vergewaltigung durch Männer ersetzen, die diesem System weitere entscheidende Stöße versetzen und im Lande selbst dem Volkswillen nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit Geltung verschaffen.

Das Land Oldenburg gliedert sich in drei Landesteile, das frühere Herzogtum Oldenburg und die früheren Fürstentümer Lübeck und Birkenfeld. Es hat eine Einwohnerzahl von rund 550 000. Der Ministerpräsident und auf dessen Vorschlag die zwei anderen Minister, werden vom Landtag gewählt. Der bisherige Ministerpräsident Cassebohm ist politisch rechts eingestellt, aber ebenso wie Minister Dr. Willers parteipolitisch nicht hervorgetreten. Dagegen ist Minister Dr. Driver ausgesprochener Zentrumsmann. Der Landtag besteht aus 48 Abgeordneten. Die Stimmen werden auf die einzelnen Wahlvorschläge nach einer von der Wahlbeteiligung abhängigen Schlüsselzahl verrechnet. Die zu erwartende Beteiligung ist mit etwa 280 000 Stimmen anzunehmen. Die letzte Landtagswahl hat am 17. Mai 1931 stattgefunden und uns einen Zuwachs von 4 auf 19 Mandate gebracht. Die SPD. verlor von ihren 15 Sitzen 4, das Zentrum behielt seine 9, die Landvolkpartei sank von 3 auf 1, die Staatspartei von 5 auf 1, die Kommunisten kamen von 1 auf 3, die Wirtschaftspartei verschwand; die DNVP. und die DVP., die nach der Wahl von 1928 als „Landesblock" zusammen 9 Sitze gehabt hatten, bekamen 1931: DNVP. 2 und DVP. 2 Sitze. Die Mandatsverteilung im bisherigen Landtag war also:

NSDAP.	19	Sitze
DNVP.	2	„
Landvolkpartei	1	„
DVP.	2	„
Staatspartei	1	„
Zentrum	9	„
SPD.	11	„
KPD.	3	„

Bisher hatten also die 4 erstgenannten Parteien genau die Hälfte aller Mandate, das eine Mandat der Staatspartei hätte zur Bildung einer arbeitsfähigen nationalen Landtagsmehrheit genügt, wenn es eben nicht gerade die „Daitsche Staatspartei" gehabt hätte.

Es ist nach den oldenburgischen Ergebnissen der beiden Reichspräsidenten-Wahlgänge anzunehmen, daß die Deutschnationalen zusammen mit dem Landvolk wenigstens ihre bisher 3 Mandate behalten werden. Bei dem ständigen Anwachsen unserer Bewegung, besonders auf dem flachen Lande, ist mit **Sicherheit** auf einen Gewinn von wenigstens 3 weiteren Sitzen für die NSDAP. zu rechnen, und schon diese würden mit den 3 deutschnationalen Abgeordneten eine ausgesprochene Rechtsregierung (wie wir sie verstehen) verbürgen, auch ohne die DVP. Mit anderen Worten:

Schon eine Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen um etwa 16 Prozent würde uns 22 Abgeordnete und unter Hinzunahme der zu erwartenden 3 Deutschnationalen die Landtagsmehrheit bringen. Eine Zunahme unserer Stimmen um etwa 32 Prozent jedoch würde einen Zuwachs von 6 Abgeordneten und mit den dann 25 Sitzen von insgesamt 48 die absolute nationalsozialistische Mehrheit bedeuten. Dann stände Oldenburg im Sinne der Zukunft unserer Bewegung an der **ersten Stelle** aller deutschen Länder! Hi.

Endlich ein Anfang

Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen

Königsberg, 25. Mai. Das Wehrkreiskommando 1 in Königsberg teilt mit, die ständige Bedrohung der vom Reich abgetrennten Provinz habe das Reichswehrministerium veranlaßt, ihre Verteidigungsfähigkeit im Rahmen des im Versailler Diktat Erlaubten zu verbessern. Hierfür zur Verfügung gestellte Mittel würden zu Verstärkung des sogenannten „Heilsberger Dreiecks" benutzt, um der Abwehrkraft der Provinz ein weiteres Rückgrat zu geben. Die erforderlichen Geländeverstärkungen würden zum größten Teil an provinziale Baufirmen vergeben werden. Daneben dürfte auch der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt werden. Das Wehrkreiskommando fügt jedoch hinzu, daß die neuen Verstärkungen keineswegs auf eine Verschärfung der Bedrohung der Provinz (?) zurückzuführen seien oder hindeuteten und daß die vor der Heilsberger Befestigung wohnende Bevölkerung keinen Grund zu der Annahme hätte, daß sie militärisch aufgegeben sei.

*

Polnisches Wutgeheul

Warschau. Die letzten Beschlüsse des Außenausschusses des Reichstages sowie die Ankündigung der Verstärkung des militärischen Schutzes in Ostpreußen, haben in Polen große Beachtung gefunden und, wie gewöhnlich in solchen Fällen, die polnische Presse in größte Aufregung versetzt. Zunächst beschränkten sich die polnischen Blätter darauf, die Berliner Meldungen kommentarlos zu veröffentlichen; doch aus den Ueberschriften: „Die Deutschen drohen und befestigen Ostpreußen. — Ein brutaler Beschluß des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages" usw. geht deutlich hervor, wie erbost man hier über diese Beschlüsse ist. Den Beschluß des Auswärtigen Ausschusses bezeichnet beispielsweise das maßgebendste Regierungsblatt „Gazeta Polska" als Wahnvorstellung und nach Meinung der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawsca" ist es überhaupt eine Herausforderung. „AWC" erklärt, der Beschluß stelle einen Bruch des Artikels 180 des Vertrages von Versailles dar, demzufolge der Bau von Befestigungen unzulässig sei. Ueberhaupt seien die Beschlüsse nur erfolgt, um die Welt glauben zu machen, Ostpreußen sei von Polen bedroht.

*

Polens Kampf gegen Danzig

Protestnote Danzigs an Polen.

Danzig, 26. Mai.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat an die diplomatische Vertretung Polens in Danzig eine Note gesandt, in der es heißt:

„Seit einigen Tagen werden in den von Polen nach Danzig fahrenden Zügen von den polnischen Vereinen für Verteidigung der Westmarken Flugblätter verteilt, die zum Boykott Danzigs und Zoppots auffordern und Personen, die diesen Boykott nicht befolgen, schwere und exemplarische Strafen androhen. Die Verteilung derartiger Flugblätter auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ist strafbar und als tief zu bedauernde polnische Hetze gegen Danzig aufs schärfste zu verurteilen. Umso befremdender und empörender ist es, wenn Beamte der polnischen Staatsbahnverwaltung das Vorgehen verantwortungsloser polnischer Hetzer nicht nur dulden, sondern sogar fördern und schützen. Die Danziger Paßbeamten nahmen die Beschlagnahme der Blätter vor. Bei dieser Dienstausübung wurden sie von dem Zugführer und dem Schaffner, wie auch von dem stellvertretenden Vorstand der Station Danzig-Hauptbahnhof erregt zur Rede gestellt und aufgefordert, die Beschlagnahme zu unterlassen. Hierbei wurden die Eisenbahnbeamten von mehreren Beamten der polnischen Staatsbahndirektion unterstützt.

Wir bitten dringlichst, daß solche Boykottmaßnahmen, als den zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträgen zuwiderlaufend, unterbunden und die polnischen Eisenbahnbeamten disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. Von dem Veranlaßten bitten wir um Mitteilung. Abschrift dieses Schreibens haben wir dem Hohen Kommissar des Völkerbunds zur Kenntnis übersandt."

*

Polnische Frechheiten

Das neueste polnische Flugblatt.

Danzig, 26. Mai.

In Oliva und Zoppot wurden dieser Tage neue polnische Flugblätter verteilt, die in Uebersetzung folgenden Wortlaut haben:

„Gebote betreffend den Boykott von Zoppot und Danzig. 1. Bedenke, daß der Boykott alle polnischen Staatsbürger ohne Unterschied der Nationalität (!) und der polnischen Ueberzeugung verpflichtet. 2. Laß Deinen Fuß, den Fuß Deiner Frau oder Deines Kindes, Deines Freundes oder Deines Bekannten nicht den Danziger Boden betreten, solange sich nicht der Wille eines loyalen Zusammenlebens Danzigs mit Polen kundgibt. 3. Vergiß nicht, daß Du ein Mitglied des in Danzig tagtäglich nicht nur in seinen Gefühlen, sondern auch in seinen Rechten beleidigten polnischen Volkes bist. 4. Ein Bruch des Boykotts ist ein nationales Verbrechen. 5. Bedenke, daß die Verräter an der Sache eine schwere und exemplarische Strafe erleiden werden. Meidet Zoppot!

Der Verband zur Verteidigung der Westmarken."

Entlarvung der SPD.-Freidenker

Bei dem Verbot der kommunistischen Gottlosenorganisationen hat das amtliche Deutschland wieder einmal bewiesen, daß es nicht gewillt ist, den Kern des Uebels zu treffen und auszurotten, sondern nur den Schein wahren will. Die wahren Träger der Gottlosenpropaganda, die in nichts dem schamlosen bolschewistischen Treiben nachstehen, sind die sozialdemokratischen Freidenkerorganisationen. Hinter diesen steht die SPD., deren Gunst man sich offenbar nicht verscherzen will. Deshalb werden deren Gottlosenorganisationen ebenso geduldet, wie die marxistischen Bürgerkriegsgarden in Reichsjammer und Wellblechfront.

Den wahren Charakter dieser sozialdemokratischen Gottlosenorganisation bewies die letzte Funktionärtagung des „Deutschen Freidenkerverbandes". Diese erklärten sich mit den verbotenen kommunistischen Brüdern solidarisch und fühlt sich ausdrücklich darin getroffen. Dies Verbot sei, so betonte der Vorsitzende und SPD.-Landtagskandidat Sievers, die Vorstufe zum Schlage gegen die Freidenkerbewegung und treffe diese selbst. **Die Freidenkerbewegung sei die Vorhut (!) der marxistischen Organisationen,** also auch der SPD.! — Man gibt sich also gar keine Mühe, den wahren Charakter zu verschleiern, wie dies der Genosse Höltermann mit wenig Erfolg bei Einsichtigen unternommen hat. Im Gegenteil sprechen diese Genossen eine sichere Sprache; man fühlt sich sicher. Nicht lange mehr!

Sowjet-Spione!

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Frankenthal findet in diesen Tagen die Berufungsverhandlung gegen kommunistische Partei- und Gewerkschaftssekretäre statt, die sich in die dortigen J. G.-Betriebe einschlichen und Arbeiter zu bestechen suchten, um für Rußland Werkspionage zu betreiben. Die Fäden dieser Spionage, die sich auch auf Militärspionage erstreckt, laufen in der sowjetrussischen Handelsdelegation in Berlin zusammen. Die angeklagten Spione und Agenten kamen seinerzeit bei der ersten Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht mit verhältnismäßig geringen Strafen davon. Im Verhältnis zu der Gefahr der Werkspionage ist diese Milde wenig am Platze. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und es ist zu erwarten, daß die Strafkammer ein Exempel statuiert, um den Herrschaften ein für allemal die Lust an diesen dunklen Geschäften zu vertreiben. Die deutschen Betriebe aber täten gut daran, bei der Auswahl ihrer Arbeiterschaft entsprechende Vorsicht walten zu lassen.

Raubüberfälle für die Parteikasse.

Vor dem Hamburger Schwurgericht haben sich z. Zt. mehrere kommunistische Rohlinge wegen gemeinschaftlichen Raubes zu verantworten. Als kriminelles Verbrechen würde uns diese Parteizugehörigkeit der Angeklagten nicht interessieren, wenn die Verbrecher nicht vorgeben wollten — und es ist ihnen durchaus zu glauben — aus „politischen" Motiven gehandelt zu haben. Sie suchten Geld für die „antifaschistische" Terrorgruppe und beschafften sich dieses durch einen Raubüberfall auf ein Wettbüro. Ein sprechendes Zeichen politischer Entartung, wo die Grenzen zwischen Politik und Verbrechen derart überschritten sind. Die Verbrechen der verhetzten Burschen haben hiervon ja wiederholt einen erschütternden Beweis geliefert.

Hitler und Wagner in Delmenhorst

Wir kämpfen nicht um Ministersessel

Auch in Delmenhorst hatte die Ankündigung des Erscheinens des Führers der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, wie wir bereits berichteten, seine Anziehungskraft nicht verfehlt. **Rund 10 000 Zuschauer waren erschienen,** deren Anmarsch schon um 17 Uhr begann, während die Versammlung erst auf 20.30 Uhr angesetzt war.

Zunächst sprach Reichstagsabgeordneter Wagner, der auf die bevorstehende Landtagswahl in Oldenburg hinwies, die entscheiden solle, wer in diesem Lande bestimmen sollte. Wagner wies auf die Bedeutung der Länderwahlen hin, bei denen es falsch sei, sich von **örtlichen Dingen** leiten zu lassen. Die **Wahlen** müßten bestimmt sein von dem **Gesichtswinkel des Gesamtschicksals des Deutschen Reiches.** Der Redner wies auf die große Bedeutung der oldenburgischen Wahlen auch für die Reichspolitik, wie für die Politik in den anderen deutschen Ländern hin.

Gegen 22 Uhr erschien dann, von stürmischen Heil-Rufen und Beifallsklatschen begrüßt, Adolf Hitler

und nahm sofort das Wort zu seiner etwa einstündigen Rede, in der er u. a. ausführte, daß jede Zeit von einem bestimmten Charakter gezeichnet sei. Heute ringen die Idee des Nationalismus und des Sozialismus um die Herrschaft. Da es aber unmöglich sei, daß zwei Dinge gleichzeitig ein Volk beherrschten, müsse notwendigerweise die eine oder andere Idee siegen, oder aber beide müßten zu einer neuen Idee vereinigt werden. Das sei die Aufgabe der Nationalsozialisten, für die sie seit 13 Jahren kämpften und die sie zu dieser großen Bewegung habe anwachsen lassen.

Das sei das Große in dem Nationalsozialismus, daß Menschen, die sich früher nie berührten, die glaubten, daß Welten sie trennten, nun den Weg zueinander gefunden hätten,

daß in dem Deutschland des Proletariats und des Bürgertums, des Protestantismus und des Katholizismus, des Besitztums und der Arbeitnehmer, der Städte und der Dörfer, daß in diesem Deutschland der Zerrissenheit und Ohnmacht **wieder eine Organisation erstanden sei,** die Millionen Menschen einen Bund hat schließen lassen. Damit sei erst wieder die Voraussetzung gegeben für eine neue Kraft der deutschen Nation.

Wenn die Nationalsozialisten heute die großen Probleme des Lebens anpackten, um sie zu lösen, dann stellten sie in den Dienst dieser Arbeit das Bewußtsein, damit dem ganzen deutschen Volke zu dienen.

Nicht ein paar Ministerposten sollten erobert werden, sondern Deutschland und das Reich seien das Ziel. Die Landtagswahlen in Oldenburg seien in diesem Kampf um die Erringung der Macht im Staate nur eine Etappe, Nicht im Sinne der früheren Parteien strebe der Nationalsozialismus die Macht an, sondern er wolle die Macht, die größer sei, **weil sie in Millionen Menschen wurzele.** Hitler wies dann noch auf die Bedeutung der Landtagswahlen im Reiche hin und sagte, ein Sieg bei diesen Wahlen sei **nicht nur ein Sieg in Oldenburg,** sondern es sei ein **Sieg in Deutschland.** Begeisterter, langanhaltender Beifall dankte dem Führer der Nationalsozialisten am Schlusse seiner Ausführungen und nur langsam zerstreute sich die große Menschenmenge.

Aus aller Welt

Zusammenstoß Ueberfallautos mit Personenkraftwagen.

Köln. In der Kölner Altstadt stieß ein Ueberfallwagen der Kölner Schutzpolizei mit einem Personenkraftwagen zusammen. Zwei der acht Insassen des Personenkraftwagens wurden aus dem Wagen herausgeschleudert, einer von ihnen mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizeibeamten wurden sämtlich aus dem Ueberfallwagen herausgeschleudert, erlitten aber nur leichtere Verletzungen.

Wieder amerikanische Goldsendung für Europa.

Newyork, 26. Mai. Der Dampfer „Berengaria" ist mit 20 Millionen Dollar in Gold an Bord, nach Europa abgegangen. Davon sind sieben Millionen für Frankreich, sechs für die Schweiz, dreieinhalb für Belgien, zwei für Holland und eine halbe für Deutschland bestimmt.

Eröffnung des ersten freien Marktes in Rußland.

Moskau (über Kowno), 26. Mai. Auf **Grund des Beschlusses des Vollzugsausschusses der Sowjetunion über den Freihandel mit Lebensmitteln wurde in Leningrad der erste freie Markt eröffnet, auf dem die Bauern Lebensmittel verkauften. Die Preise waren, wie vorauszusehen, bedeutend höher als die amtlichen Lebensmittelpreise.**

Familien-Anzeigen

Verlobte: Mariechen Budde mit Hermann Mahlstädt, Huchting.

Verheiratete: August Gretzschel und Frau, Anni geb. Brand. — Prof. Dr. Erich Gabbe und Frau, Ester geb. Aall.

Verstorbene: Fritz Tscharntke sen., 27 Jahre, Arsten. — Carl Buhl, 51 Jahre. — Heinrich Conrad Mannott, 65 Jahre, Fleetrade 17 a. — Sophie Scharke geb. Meier, 56 Jahre, Dedesdorferstr. 27. — Henny Lehning, geb. Claußen, Hildesheimerstr. 44.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam der

Chauffeur

Heinrich Schütte

im Alter von 31 Jahren am Sonnabend beim Baden in der Weser ertrunken ist.

In tiefer Trauer

Familie Johann Poppe
nebst Angehörigen
Meta Sagehorn
als Braut
und Familie
Heinrich Sagehorn
Huchting

Kirchkimmen, 23. 5. 1932

Beerdigung wird bekanntgegeben

Amtl. Bekanntmachungen

Unter dem Viehbestande des Gehöfts Oberneuland, Hodenbergerdeich 31, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Das Gehöft und die dazu gehörige Weide sind gesperrt. Sperrgebiet bildet das Gehöft Nr. 32.

25. 5. 1932. **Polizeidirektion.**

Dem Tierheim des Bremer Tierschutz-Vereins übergeben: Ein Airedaleterrier, eine Terrierhündin ohne Hundezeichen. Meldung innerhalb 24 Stunden im Tierheim, ehemalige Kläranlage, verlängerte Hemmstraße, Telephon Weser Nr. 832 11, sonst wird über die Tiere verfügt. **Polizeidirektion.**

Gerichtl. Bekanntmachungen

Das Amtsgericht Bremen hat am 23 Mai 1932 folgendes Aufgebot erlassen:

Auf Antrag des Rechtsanwalts Delius, Bremen, als Nachlaßpflegers des am 11. Februar 1931 verstorbenen Kaufmanns Gerhard Heinrich Wilhelm Brodschmidt, werden die unbekannten Gläubiger des Letzteren hiermit aufgefordert, ihre Forderungen unter Angabe des Gegenstandes und des Grundes derselben, sowie unter Beifügung etwaiger urkundlicher Beweisstücke in Ur- oder Abschrift schriftlich oder an der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Gerichtshaus, Zimmer Nr. 34, spätestens aber in dem hiermit auf

Dienstag, den 6. September 1932, vormittags 9 Uhr,

im Gerichtshause hierselbst, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 84, anberaumten Aufgebotstermin anzumelden.

Die Nachlaßgläubiger, welche sich nicht melden, können unbeschadet des Rechts, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von dem Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Ueberschuß ergibt. Sind mehrere Erben vorhanden, so haftet jeder Erbe nach der Teilung des Nachlasses nur für den seinem Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit.

Die Aufgebotsfrist wird auf drei Monate festgesetzt.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

In Sachen betr. den Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Carl Blume, all. Inhaber der Firma Carl Blume ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und zur Festsetzung von Honorar und Auslagen des Verwalters und der Gläubigerausschußmitglieder auf

den 28. Juni 1932, vormittags 9.15 Uhr,

vor dem Amtsgericht, im Gerichtshaus, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 84, anberaumt.

25. 5. 1932.

Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Stadttheater

Heute

Freitag, 20 Uhr, Geschlossene Vorstellung für die Deutsche Bühne e. V.: **Zauberflöte**

Sonnabend, 18 Uhr, 195. Ab.-V. **Siebte Vorstellung im Wagner-Festspiel-Zyklus**
Der Ring des Nibelungen
Zweiter Tag: **Siegfried**

Sonntag, 20 Uhr, 196. Ab.-V. **Erste Vorstellung im Lortzing-Zyklus**
Undine

Tischlerarbeiten
prompt und sauber liefert billig
M. B. EICKWORTH
Tischlermeister - Osterdeich 202

Offene Stellen

Perfekte Stenotypistin
gesucht.

Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter **C 420** beim Verleger

Kontoristin
evtl. Anfängerin gesucht.
Angebote mit Gehaltsansprüchen unter **H 425** beim Verl. erbeten.

Blumenhaus Stoltenberg
In der Runken 17 Domsh. 20805

Um Verwechselungen mit gleichartigen Unternehmungen zu vermeiden, geben wir hiermit bekannt, daß wir

nur an der Georgstraße
(Ecke Bornstraße
unser Speisehaus und Schlachterei betreiben.

Landwirtschaftliche Selbsthilfe e. G. m. b. H.
Bassen und Umgegend.

Zur Spargelzeit
Kalbsfrikassee
Kalbsbraten
Kalbsschnitzel
Schweineschnitzel
Ernst Steuber
Weser 83475
Haferkamp 79

Feine Maßkleidung
L. Krüger
A. d. Häfen 7—8
Bügeln u. Ausbesserungen preiswert
Kunststopfen.

Schuh-Reparatur
August Rieckmann
Graf-Moltke-Str. 27
Reparaturen sauber und preiswert.

Verlangte

Junger Mann mit gut. Schulbildung als

Lehrling

für die Geschäftsstelle einer national. Tageszeitung ges. Gründliche Ausbildung in allen Zweigen des Verlagsgeschäftes. Ang. mit selbstgeschriebenen Lebenslauf u. **Z 417** an die Geschäftsst.

Vertreter

u. Geschäftsstellenleiter von streng korr. Kapitalbeschaffungsges. mit besten Referenzen vielerorts gesucht. Nur Pg.-Meldungen mit Mitgl.-Nr., Rückporto erbeten.

Deutsche Kapitalbeschaffungsges. m. b. H., Hannover Bahnhofstr. 5

Sichere Existenz!

Auskunftei beabsichtigt an den Plätzen **Bremen, Bremerhaven, Harburg-Wilhelmsburg, Hamburg,** Lübeck u. Kiel, je eine Geschäftsstelle an zuverl. Herrn zu übertragen. Die Übernahme der Geschäftsstelle, welche für eigene Rechnung geführt werden muß, erfordert ca. RM. 400.— in bar. Angebote an **Schließfach Nr. 58 in Hannover.**

Zu verkaufen

Gut erhaltene kleine
Jolle
4,50 x 1,20 mit sämtl. Zubehör. Billigst. Nachzufragen Sonntag vormittag,
Gluud, Elsasserstr. 59

Kaufgesuche

Limousine
bis 8 PS. nur gut erhalten. Ausführl. Angeb. mit Preis unter **G 424** b. Verl.

Adreßbuch
der Stadt Bremen, Jahrg. 1951 o. 1932 zu kaufen gesucht. Ang. u. **F 423** b. V.

Ehemaliger
SA.-Mann
[früher Fliegeroffiz.] übernimmt während Ihrer Reise Schutz oder Versorgung Ihres Besitzes. Benachr. erbeten unt. **B 419** an die BNZ, Papenstraße

Mietgesuche

Pg. Maler sucht z. 1. 6.
2-3-Zim.-Wohn.
RM. 35.— bis 40.—. Ang. u. **E 422** b. V.

Inseriert in der BNZ

Fahrschule Edmund Will
Georgstraße 65
Roland Nr. 7341

Die Sektion „Seefahrt" der NSDAP. benötigt ständig für Schiffspropaganda:
Broschüren, Völk. Beobachter Ill. Beobachter
usw.
Pg., welche derartig. Material stiften wollen, werden um Angabe ihrer Adresse gebeten zwecks Abholung unter **O 398** beim Verlag.

HEILIGENBERG

(Autostraße Bremen—Syke—Nienburg—Hannover)
spielt 1932
„Der Graf von Hoya"
Uraufführung:
Sonntag, 29. Mai 1932 nachmittags 4 Uhr
Weitere Aufführungen an jedem Sonntag im Juni (5. 6., 12. 6., 19. 6. und 26. 6.)

Die Autobusse von Wolters-Brinkum fahren an den Sonntagen von Bremen nach Heiligenberg und zurück.

Stempel aller Art Schilder, Vereinsabzeichen liefert schnell und billig
Trost - Bremen
Prangenstr. 45

Sämereien
Blumendünger
Hornspäne 0.50
Kilia-Drogerie
Wartburgstr. 1
am Spielplatz

Stellenangebote

Nationalsozialistische **Auskunftei** sucht

Berichterstatter

an allen Orten Deutschlands. Gewährt wird: Angemessene Vergütung. Verlangt wird: Korrekte Berichterstattung. Für Geschäftsstellen an allen größeren Plätzen werden Fachleute bevorzugt. Es kommen nur Pg. mit Angabe der Mitgl.-Nr. in Frage. Genaue Adressenangabe erforderlich. Rückporto erbeten. Anschriften erbeten unter **„Der Kreditbeobachter"** an den Verlag der BNZ.

Pg. Joseph Wagner
Bochum
spricht
Dienstag, 31. Mai, 20.30 Uhr im
„CASINO"

Hier wirbt der Fleischermeister!

Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte
E. Steuber, Haferkamp 79
Fernsprecher Weser Nr. 83475

Feine
Fleisch- und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen
Fr. Dammann
Vasmerstr. 18 / Domsheide 27767

Fleisch- und Wurstwaren nach süddeutscher Art
Heinz Sixt, Schlachterei
Kl. Helle 41
Fernruf: Weser 84759
Bestellungen auf Anruf ins Haus.

Voß
Gerhardstraße 1
Telefon Domsheide 29602
Jede Bestellung
frei Haus

Dorus de Vries
Wulwesstr. 28-29, Domsh. 26415
Empfehle meine prima Fleisch- und Wurstwaren zu den allerbilligsten Tagespreisen

Ochsen-, Kalb- und Schweinefleisch
ff. Aufschnitt
zu soliden Preisen
Fleischermeister
Otto Conradt
FALKENSTRASSE 35a

Paul Schurig, Bremen
Vor dem Steintor 59-61. Telef. Hansa 41474
Fabrik
feiner Fleisch- und Wurstwaren
ff. Aufschnitt, garnierte Schüsseln
Eigene Kühlanlage
Alle Waren werden frei Haus geliefert

Martin Behrbom
V. d. Steintor 222, Ecke St. Jürgenst.
Ochsen- und Schweineschlachterei
Spez.: ff. Aufschnitt und Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen.

Kauft nicht im Warenhaus!

Willy Fritsch
Der Frechdachs
elegant
jung
charmant
hübsch
gescheit
galant
... und soo-frech
6, 8½ METROPOL-TH. 6, 8½

Mitglieder-versammlung
am Montag, 30. Mai, 20.30 Uhr
CASINO (großer Saal)
Einlaß nur gegen gültigen Parteiausweis. Alle anderen Ausweise berechtigen nicht zum Eintritt

Aus Bremen Stadt und Staat

Josef Wagner spricht

am Dienstag, den 31. Mai in Bremen. Es wird besonders für die alten Kämpfer aus den Jahren 1929-30 eine Freude sein, „Jupp" Wagner wiederzusehen. Der Name des erfolgreichen Bochumer Gauleiters ist mit der Entwicklung der NSDAP. in Bremen auf das engste verknüpft. Wenn wir uns an die Versammlungen im Casino erinnern, wo regelmäßig erst einmal ein Teil der Kommune handgreiflich beruhigt werden mußte, und wo dann Jupp Wagner mit den marxistischen Phrasen aufräumte, dann wissen wir heute, daß dort Siege für unsere Idee errungen wurden, die auch die NSDAP. in Bremen zum politischen Machtfaktor werden ließen.

Professor Dr. med. Strube †

Prof. Dr. med. Strube, der Chefarzt des Willehad-Hauses vom Roten Kreuz, erlag im Alter von 63 Jahren einem Herzschlag. Mit ihm ist einer der bekanntesten Bremer Aerzte dahingegangen.

Prof. Dr. med. Strube wurde am 11. November 1869 in Breme nals Sohn eines praktischen Arztes geboren. Um das Rote Kreuz und besonders um das Willehad-Haus hat er sich außerordentliche Verdienste erworben, die bei seinem 25jährigen Jubiläum als Chefarzt im November 1930 gebührende Würdigung fanden.

Auf zu den „Plattdütschen"

Plattdütsche Vereen Afdeelung Neestadt.

Am Sonntag, 29. Mai, können wir die plattdeutschen Vereine von Bremen und Umgebung hier in Bremen zu ihrer diesjährigen LV.-Tagung begrüßen. Der Vormittag dient zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten. Am Nachmittag findet in der „Huckelriede", dessen Garten nach erfolgter Renovierung im schönsten Frühlingsschmuck prangt, die Fortsetzung statt. Der 1. Bremer Konzertina- und Bandonium-Verein spielt zum Konzert auf. Die „Danzafdeelung des Plattdütschen Vereens Bremen" will durch Darbietung von Volkstänzen ihr Können beweisen. Die „Spädeel des Vereens Neestadt" bringt den lustigen Einakter von Fritz Reuter: „De Wedd" zur Aufführung. Für die Kinder wird mit Belustigungen aller Art aufgewartet. Und dann findet der Tag seinen Abschluß durch einen fröhlichen Festball. Alle Freunde und Gönner der plattdeutschen Bewegung, die einige gemütliche Stunden verbringen wollen, sind hiermit herzlich eingeladen, zumal der Eintrittspreis, den heutigen Verhältnissen Rechnung tragend, auf 50 Pfennig festgesetzt ist. Die Parole muß für Sonntag heißen: **„Alles auf zur Huckelriede zu den Plattdeutschen".**

Boxen macht Vergnügen. Heute Freitag, 20.30 Uhr, findet in Cafe Lehmkuhl, Waller Heerstraße, die vom Bremer Sportklub gegen Boxfreunde, festgesetzte Boxveranstaltung statt. Pünktlich zur angegebenen Zeit steigen die ersten Paare in den Ring. Für eine einwandfreie Abwicklung des Programms ist Sorge getragen, so daß von vornherein schon guter Sport geboten wird. Außer Winter (Polizei) sind sämtliche Kämpfer startbereit.). Für Winter (Polizei) boxt Schneider, Delmenhorst, gegen Döllmann. Die Eintrittspreise sind den heutigen Verhältnissen angepaßt, sodaß ein jeder, auch Arbeitsloser, guten Sport zu sehen bekommen kann für billiges Geld.

Wichtige Arbeitsgerichtsentscheidungen

Arbeitnehmer beachtet die Verträge und gesetzlichen Fristen!

Und wann Ferien?

Immer wieder kommt es vor, daß Angestellte beschäftigt werden, ohne daß sie zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung angemeldet werden. Wird dann aber der Angestellte entlassen, dann verlangt er die Arbeitsbescheinigung für das Arbeitsamt; denn ohne diese kann er keine Unterstützung bekommen.

Zwei Bäcker hatten ein Fleischwarengeschäft angefangen, der eine besorgte den Einkauf, der andere den Verkauf. Als das Geschäft schlecht ging, trennten sich beide und sahen sich vor dem Arbeitsrichter wieder. Der Verkäufer behauptete angestellt gewesen zu sein und verlangte die Arbeitsbescheinigung. Der andere, der Geldmann, gab wohl zu, daß er seinem Kollegen wöchentlich Geld gegeben habe, er sei aber Gesellschafter bei ihm gewesen. Da er einen Eid dahingehend leistet, daß es nicht wahr sei, daß er den Kläger mit einem Wochenlohn von Mark 30.— angestellt habe, wird die Klage abgewiesen.

Wann haben Sie Urlaubsansprüche?

Wo Tarifverträge vorhanden sind, da ist auch der Anspruch auf Urlaub geregelt. Scheidet ein Angestellter im Laufe des Jahres aus seiner Stellung aus, dann hat er Anspruch auf anteilmäßigen Urlaub. Bei andern Werken ist eine andere Regelung getroffen. Bei der Kammgarnspinnerei Delmenhorst, dem Werk des Nordwollekonzerns, das auch heute noch im Betrieb ist, hat der Angestellte Anspruch auf Urlaub, der am 1. Mai noch in seiner Stellung ist. Da war für den Angestellten D. eine Härte. Da er am 30. April aus seiner Stellung schied, hatte er nach den Statuten keinen Urlaubsanspruch. Trotzdem klagte er seinen Urlaubsanspruch für 1932 und auch für 1931 ein. Eine aussichtslose Sache; denn für 1931 lag eine Verzichtserklärung vor. Dabei hätte es dieser Verzichtserklärung nicht bedurft, **nach Entscheidungen des RAG. gilt das Nichtabfordern von Urlaub als Verzicht.** Die Klage wurde daher abgewiesen.

Der Leser hat das Wort*)

Die Doppelverdiener in praktischen Beispielen.

Uns wird geschrieben:

In der Montag-Ausgabe brachten Sie einen Artikel eines Einsenders: **Doppelverdiener und Arbeitslosigkeit.** Den Ausführungen kann man in jeder Richtung zustimmen. Ich möchte sie nur noch an folgenden Beispielen ergänzen: Mir sagte ein Bremer Kaufmann: Solange es der Staat selbst macht, warum sollen wir den Anfang machen?

Einige Beispiele: In Bremen haben wir 87 Gesangvereine. An 80 Vereine werden von beamteten Personen (meist Lehrern) geleitet. Ein Lehrer leitet sogar drei Vereine. An sich wäre nichts dabei, wenn eben nicht diese Leiter pro Monat rund 100 RM. als „kleine" Entschädigung beziehen. Macht bei unserem Beispiel: 3 mal 100 gleich 300 RM., hinzu kommt das Monatsgehalt 400 RM. Also: 700 RM. im Monat.

An den Volksschulen sind teilweise heute noch Lehrerinnen beschäftigt, die mit Lehrern verheiratet sind. Niemand von ihnen denkt daran, abzugehen und stellungslosen Lehrern Platz zu machen. Ein Ehepaar in dieser Zeit 700 RM.; danach sehnt sich mancher Erwerbslose. Wenn es mir 150 RM. wären, denkt er. Dagegen: 150 Musiker „stempeln" auf dem Arbeitsamt. Vor eineinhalb Jahren hat der Musikerverband eine Eingabe an den Senat gesandt, den Lehrern als Chorleitern den „Nebenverdienst" zu verbieten und dafür dem Musikus Platz zu machen. Alles vergebens. In der Bürgerschaft wurde im April ein Antrag gegen die Doppelverdiener angenommen. Nichts ist bisher geschehen. Sonst macht man doch alles mit Artikel 48. N. L.

*) Für Einsendungen dieser Art übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Hoyaer Heimatspiele

„Der Graf von Hoya"

Ein Spiel aus Niedersachsen in vier Aufzügen, von Rudolf Behrens

Uraufführung am Sonntag, 29. Mai, 16 Uhr
Weitere Aufführungen jeden Sonntag im Juni
Schülervorstellungen am 18. Juni und 25. Juni

1. Stätte des Spiels

Heiligenberg will in diesem Jahr die eigenen Brunnen der Geschichte öffnen und den Freunden dieser selten schönen Stätte am traulichen Forsthause mit den überraschenden Fernblicken, den tiefen Schluchten und freundlichen Tälern, den rauschenden Wassern und himmelhohen Buchen die Gestalten seines Bodens näherbringen.

Einst raunte in dem unwirtlichen Götterhain Wodans Geist. Was hier geschah, versank in runenhaftes Dunkel. Als mit dem Sachsenroß auch Sachsenglaube wankte, wurde aus dem Götterberge eine Stätte St. Mariens. Prämonstratensermönche schufen hier ein Kloster. Die Klosterzeit ging Hand in Hand mit Ritterleben. Beider Spuren begegnen wir noch jetzt im Landschaftsbilde, in Aufzeichnungen, Ueberlieferungen, in Sprache, Mythe und Sage. Der Heiligenberg, einsam und abseits von der großen Heerstraße gelegen, hat viele dieser Spuren bewahrt.

2. Idee des Spiels

Aus vergangenem Geschehen entspringt das Werden unserer Zeit. Die Gegenwart läßt mehr denn je die Geschichte unserer Heimat lebendig werden. Um die Erfüllung dieser Forderung bemühen sich die Hoyaer Heimatspiele, und in der Kette dieser Spiele ist „Der Graf von Hoya" ein Glied. Das Spiel aus Niedersachsen will Ritter-,

Radlerin tötlich verunglückt. — Rücksichtsloser Kraftwagenfahrer.

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich auf der Schwachhauser-Heerstraße kurz hinter der Holler-Allee. Ein hiesiger Kraftwagen, der in Richtung Horn fuhr, geriet von der rechten Fahrbahn auf die linke Straßenseite, kam ins Schleudern und kippte um. Hierbei wurde eine Radfahrerin, die zur Stadt fuhr, umgerissen. Sie erlitt so schwere Verletzungen, daß sie bald nach ihrer Einlieferung im Krankenhaus verstarb. Der Kraftfahrer hat, ohne sich um die Schwerverletzte zu kümmern, seine Fahrt fortgesetzt, nachdem sein Wagen aufgerichtet war. Der Kraftwagen wurde in einer Reparaturwerkstatt in Horn ermittelt und der Führer ebenfalls gestellt.

Bauspargeldzuteilung der Bausparkasse der Sparkasse Bremen. Am Mittwoch nachmittag fand im großen Saal des Gewerbehauses, unter Vorsitz von Sparkassendirektor Kellner, die 10. Spargeldzuteilung der Bausparkasse der Sparkasse Bremen statt. Direktor Kellner wies auf die wirtschaftliche Depression hin, die auch an den Bausparkassen nicht spurlos vorübergegangen sei. So sind die neuen Bausparkassenverträge geringer geworden, die Sparer müssen heute sogar die Vertragsdauer verlängern. Dennoch sei es möglich gewesen, eine solide Geschäftsbasis durchzuführen, da die ausgelosten Bausparer pünktlich ihre Tilgungsraten für die Darlehen gezahlt haben. Zur Auslosung waren 15 Auslosungsgruppen vorhanden. Zu den „Glücklichen" bei der Auslosung gehörten u. a. ein Arzt aus Oldenburg mit 30 000 RM. und weiterhin ein Arzt in St. Magnus mit 15 000 RM. Gruppe 16, Sparkasse Vegesack, konnte 7000 RM. auslosen. Im Ganzen wurden 162 000 RM. ausgeschüttet. In Summa sind 1 145 000 RM. bislang ausgeschüttet worden.

Der Lortzing-Zyklus des Stadttheaters bringt am Sonntag, den 29. Mai, als erste Vorstellung die liebliche, ewig jugendfrische „Undine", die romantischste aller unserer Opern, mit den prachtvoll gezeichneten Gestalten der anmutigen Wassersee, des gewaltigen Fürsten Kühleborn, des zwischen dem Dämon und dem Erdenweib schwankenden Ritters Hugo, der zarten Berthalda, des würdigen Paters, des trunkfrohen Knappen und des profunden Kellermeisters. Am nächsten Dienstag folgt der köstliche „Wildschütz" oder die Stimme der Natur nach dem alten Kotzebueschen „Rehbock" mit seiner genialen Verspottung des zeitgenössischen Klassizismus, mit den vielen sich kreuzenden Liebesintriguen, eine der schönsten aller komischen Opern. Ferner am Sonnabend, den 4. Juni, der „Waffenschmied", aus dem die berühmten Lieder und Arien „Das kommt davon, wenn man auf Reisen geht", „Auch ich war ein Jüngling mit lockigen Haar", „Das war eine köstliche Zeit", „Gern gäb ich Glanz und Reichtum hin", „Man wird ja einmal nur geboren", sprichwörtlich geworden und in unsere deutsche Volkspoesie übergegangen sind. Am Mittwoch, den 8. Juni, schließlich den liebenswürdigen „Zar und Zimmermann" mit seinen melodischen Weisen voll tiefen Gemütsgehaltes, dessen Zarenlied „O selig, o selig, ein Kind noch zu sein" das populärste aller Opernlieder geworden ist, der in dem Bürgermeister van Bett eine der schönsten Buffo-Typen der deutschen Operngeschichte geschaffen hat, die Oper, die die kunstvollsten Ensembleszenen der deutschen Spieloper aufweist. — Für alle 4 Opern wird ein sehr verbilligtes Abonnement bis heute Freitag, an der Hauptkasse des Stadttheaters ausgegeben.

Kommende Spielzeit im Schauspielhaus

Seine Absichten und seine Künstler

Das Bremer Schauspielhaus stellt uns als Vorschau zur kommenden Spielzeit eine Betrachtung aus der Feder seines Direktor Dr. Jchon zur Verfügung. Wir können uns mit den Einleitungsgedanken des Verfassers nicht übereinstimmend erklären und müssen bei aller Vorsicht in der Kritik, die wir in Anbetracht der Unkenntnis der Stücke des neuen Spielplanes walten lassen wollen, unsere grundsätzliche Stellungnahme vorbehalten. Aber uns scheint eine Anzahl der Uraufführungen, bei Betrachtung der Autoren und Titel, alles andere, als dazu angetan, eine Wiedergeburt deutschen Wesens zu unterstützen. Wir erwähnen nur hier: Prof. Dr. Alsberg und Otto Ernst Hesse: **„Das neue Wert".** Karl Lerbs: **„Jung sein und nie altern".** Sindbad: **„Die Heimkehr des Olympia-Siegers".** Ferdinand Bruckner: **„David und Goliath".** Bruno Frank: **„Das neue Wert".**

Unter den weiterhin in Aussicht genommenen Neuheiten sind ebenfalls eine ganze Reihe von Stücken, durch die wir eine Bereicherung deutschen Geisteswesens kaum erwarten dürften. Zum Beispiel: Georg Kaiser: **„Schwanengesang".** Bernhard Shaw: **„Zu wahr, um schön zu sein".** Ladislaus Fodor: **„Roulette",** Lustspiel, Chesterton: **„In jeder Ehe . . .".** Karl Zuckmayer: **„Eduard der Siebente".**

Wir werden später Gelegenheit haben im einzelnen auf die Aufführungen einzugehen und lassen jetzt Herrn Dr. Jchon mit seinen Ausführungen über die zukünftige Arbeit des Bremer Schauspielhauses zum Wort kommen:

Um diesen Spielplan zu bewältigen, erfolgt, trotz der Zeitnot, der Einbau einer großen elektrischen Drehbühne, die, in Verbindung mit den bisherigen Schiebebühnen, an schneller Verwandlungsmöglichkeit das Ideal eines Bühnensystems darstellt. Daß die Bühne des Schauspielhauses den stärksten szenischen Anforderungen entspricht, beweist wohl am besten die Tatsache, daß allein der Durchmesser der Drehbühne 14 Meter beträgt. Natürlich arbeitet die Drehscheibe, selbst bei Verwandlungen vor offenem Vorhang, völlig geräuchlos. Da durch ein Brandunglück auf einem fremden Grundstück, auf dem ein großer Teil der Dekorationen des Schauspielhauses lagerten, dieser völlig vernichtet worden ist, werden naturgemäß die meisten Werke des neuen Spielplans in vollkommen neuer und moderner Ausstattung erscheinen.

*

Sollen die künstlerischen Aufgaben des Schauspielhauses voll bewältigt werden, gehört dazu eine Künstlerschar schaffender Persönlichkeiten, die wahrhaft an das Wesen des Kunstwerks hinangelangt. Vor allem aber gilt es auch, originelle Gestalter zu gewinnen. Ueber 40 Bühnen sind besucht worden, um neue Kräfte zur Ergänzung zu finden, darunter ebenso anziehende wie talentierte Frauen: das ist gelungen. In der kommenden Spielzeit besitzt das Schauspielhaus ein Personal, das einer Großstadtbühne Ehre macht.

Als erste Liebhaberin und Salondame ist die schöne **Ilse Straaten** von Kassel gewonnen worden. Als jugendliche Salondame und jugendliche Liebhaberin **Toblina Gondy,** die gefeierte Darstellerin des Hamburger Schauspielhauses und Thaliatheaters. Dazu tritt als erste Sentimentale die reizende **Josefine Klee** vom Stadttheater in Erfurt. Mit diesen drei Damen hofft das Schauspielhaus einen außerordentlichen Zuwachs erhalten zu haben. Als erste Naive, Muntere und jugendliche Charakterspielerin bleibt die bezaubernde **Berny Clairmont.** Ebenso bleiben unsere köstliche **Lisa Wehn** und **Elisa Tuerschmann,** die sich vor allem auch ihren großen klassischen Aufgaben widmen wird, und ferner die begabte **Ursula Liebtke.** Dazu treten noch einige weitere Darstellerinnen. Als erster Charakterheld ist **Erwin Klietsch** wieder gewonnen worden, der in den Kammerspielen in München den Beweis einer außerordentlichen Entwicklung gegeben hat. Als erster Bonvivant und leichter Held ist der ungewöhnlich charmante und begabte **Hans Soehnker** von den Vereinigten städtischen Theatern in Chemnitz verpflichtet. Mit ihm erhält das Schauspielhaus einen jungen Hans Albers. Erster jugendlicher Held und Liebhaber bleibt **Hans Stelzer** und **Hanns Müller** erster jugendlicher Bonvivant und Charakterspieler. Erster Komiker ist **Justus Ott,** erster Charakterspieler **Fritz Saalfeld,** erster Heldenvater **Klaus Krause,** erster ernster und komischer Vater **Ernst Glasemann.** Erste Charaktercharge und jugendliche Komiker spielen **Egon Zehlen, Alfred Heldmaier, Ludwig Cremer** und **Carl Böbeker.** Jugendliche Liebhaber sind **Franz Winkler** und **Rudolf Fenner.** Die Verhandlungen mit zwei weiteren wichtigen Kräften stehen vor dem Abschluß.

Die Oberspielleitung bleibt in den bewährten Händen **Wilhelm Chmelnitzys.**

*

Wie man sieht, ist alles getan, um unserem Bremen für die nächste Spielzeit ein auch weiter aufblühendes Schauspiel zu schaffen. Das Schauspielhaus erstreckt seine Werbetätigkeit heute viele Kilometer um Bremen. Es holt viele Tausende von auswärtigen Besuchern nach Bremen, die doch auch zur Belebung des bremischen Einzelhandels beitragen.

Ist es da nicht Pflicht unserer bremischen Großkaufleute, unserer Ladeninhaber, unseres Einzelhandels, das auf sich selbst angewiesene und oft schwer um die Seele der Masse kämpfende Schauspielhaus nicht im Stich zu lassen? Ist es da nicht Pflicht, zu abonnieren, so schwer es auch sein mag? Ist es nicht um so mehr Pflicht, da der Preis des Abonnements herabgesetzt und der billigste aller deutschen Theater von gleichem Range ist?

Das Schauspielhaus ist eine bremische Angelegenheit, selbstlos von Bremer Kaufleuten für alle Bremer gegründet.

Möchten unsere Bremer Mitbürger, wie bisher, auch jetzt in Treue zu ihm stehen und — abonnieren! Denn nur so kann der Spielplan die letzte Schlagkraft erhalten.

Mönchs- und Bauernleben um das Jahr 1350 erstehen lassen.

Leben ist Kampf. Jede Zeit führt ihn auf ihre Weise. Das vierzehnte Jahrhundert erschöpfte sich in Ritterfehden und Kleinkrieg zur Erweiterung fürstlicher Hausmacht. Es war die Blütezeit der Mönchsorden und Klöster. Zu dieser Zeit erwuchs der Bürgerstolz in Hansastädten, während der Bauer, frei oder hörig auf seiner Scholle in Bedeutungslosigkeit versank.

3. Handlung des Spiels

Im Mittelpunkt des Spiels steht die Gestalt des Grafen Gerhard von Hoya. Die Geschehnisse entrollen sich auf dem Heiligenberge und machen damit die Bühne zum Schauplatz der Wirklichkeit.

Graf Gerhard, ein ritterlicher Haudegen mit geradem Sinn, offenem Auge und kühnem Mut, hatte die Grafschaft Hoya nach innen und außen gegen ränkesüchtige Feinde zu verteidigen. Sein Mitregent ist Johann von Hoya, der in Nienburg residiert. Er zeichnet sich durch Kühnheit und Verschlagenheit aus und weiß die Teilung der Grafschaft in eine obere und eine niedere Herrschaft zu erzwingen. Die bischöflichen Scharen und Bremens Bürgerheer fallen in die Grafschaft ein und verwüsten das Land. Ein Teil der Ritter geht zum Feind über. Alle Nöte zerschellen an der machtvollen Hand des Grafen Gerhard. Die Not des Landes spiegelt die Not der Jetztzeit wider. Das Spiel wird somit zum Symbol der Gegenwart.

*

Gute Autostraße, gute Zugverbindung. Zur Freilichtbühne beim Forsthaus Heiligenberg, vom Bahnhof Bruchhausen-Vilsen in 40 Minuten, vom Bahnhof Heiligenberg in 10 Minuten.

Zugverbindungen:

13.37 Uhr	ab Bremen	an	21.15 Uhr
14.13 Uhr	ab Syke	an	20.25 Uhr
15.20 Uhr	an Bruchh.-Vil.	ab	19.30 Uhr
15.44 Uhr	an Heiligenberg	ab	S. 19.12, W. 18.47 Uhr

Preise der Sonntagsrückfahrkarten: Bremen—Vilsen 2,70 RM., Syke—Vilsen 1,40 RM.

Preise der Plätze: 1. Platz (numeriert) 1,50 RM., 2. Platz 1 RM., Schüler 0,40 RM., Vereine (ab 10 Personen 20 Prozent Ermäßigung.

Aus der Umgegend

Wir warnen euch, die „Rote Polizei".

Anschlag auf „Hemelinger Anzeiger".

Gegen 12.30 Uhr wurde auf die Geschäftsräume des „Hemelinger Anzeiger" ein Anschlag verübt. Die Täter zertrümmerten vier Fensterscheiben im Vorgarten und in einem der Betriebsräume wurde je eine Selterssflasche mit abgeschlagenem Hals gefunden, die mit folgenden Aufschriften: „Wir warnen euch, die Rote Polizei (folgt Sowjetstern) sonst?" und „Antwort auf den Artikel: „Rote Polizei!"

Oldenburger Wahlkampf

Mehr als eine „belemmerte" Sache für die Gegner.

In Nordenham versuchte die „Staatspartei" mit dem Reichstagsabgeordneten Lemmer im Friesischen Hof eine Versammlung durchzuführen. Ein halbes Dutzend Stühle waren besetzt. Lemmer zog es vor, möglichst geräuschlos, wie er gekommen war, zu verschwinden. Die Versammlung konnte wegen mangels an „Masse" nicht durchgeführt werden. — In der Landeshauptstadt Oldenburg hatte man eine ganz große „Kanone" hereingeholt. Finanzminister a. D. Höpker-Aschoff gab zu — allmählich dämmert's auch bei diesem Herrn —, daß der Nationalsozialismus nicht so leicht zu nehmen ist. Die einzige Weisheit, die dieser Minister a. D. gegen die NSDAP. vorzubringen hatte, war die Ablehnung einer Parteidiktatur. Auch ein Minister sollte wissen, daß der Nationalsozialismus bereits die breitesten Volksschichten erfaßt hat und über die Grenzen einer Partei hinausgewachsen ist.

Frevler werden bestraft!

Blumenthal. Der Gemeindevorstand teilt mit, daß derjenige, der Personen namhaft macht, die Eigentum der Gemeinde (Baumpflanzungen, Straßenlaternen, Straßenschilder, elektrische Leitungen, Kanaleinfallschächte usw.) beschädigen, sodaß diese Personen gerichtlich belangt werden können, eine von dem Gemeindevorstand unter Ausschluß des Rechtsweges, festzusetzende Belohnung bis zur Höhe von 50.— Mark in jedem Einzelfalle erhält.

Parzelle ist einzutragen.

Osterholz-Scharmbeck. Der Landrat teilt mit, daß die Stadt Osterholz-Scharmbeck die Parzelle 328/149, Kartenblatt 4, Gemarkung Scharmbeck, die im Eigentum der Stadt Osterholz-Scharmbeck steht, in das Grundbuch eintragen lassen will. Zu diesem Zweck muß ein Besitzzeugnis ausgefertigt werden. Etwaige Einsprüche gegen die Eintragung können binnen 14 Tagen bei der unterzeichneten Behörde schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden. Der Landrat: Dr. Stegmann.

Bezirkstag der Bäcker.

Osterholz. In dem im Mittelpunkt stehenden Vortrag des Obermeisters Herklotz-Vegesack wurde auf die unheilvollen Auswirkungen der zwangsweisen Festsetzung der Brotpreise hingewiesen, die eine Rentabilität der Betriebe fast unmöglich machen, da sie nicht aus der Praxis erwachsen seien, also nicht dem Gesetz der Preisregelung durch Vergleich zwischen Angebot und Nachfrage Rechnung tragen. Die hohen Preise für Mehl und Getreide hätten der Landwirtschaft nicht den erwünschten Schutz gegenüber dem ausländischen Getreide gebracht, sie hätten lediglich die innerdeutsche Wirtschaft auf das Schwerste belastet. Obermeister Hinrichs-Blumenthal deutete auf drohende Gefahr einer Syndikatsbildung im Hefe-Bezugswesen hin und empfahl in diesem Zusammenhange die neugegründete Hamelner Hefefabrik; C. Schmidt-Bremen erinnerte aus den gleichen Gründen an die Genossenschaftsfabriken in Oldenburg und Leer.

Zuchthaus wegen Brandstiftung

Verden. Das Schwurgericht verurteilte den Zimmermann Ernst Marquardt aus Dorfmark (Kr. Fallingbostel) wegen Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. M. hatte sein Wohnhaus angezündet, da er sich aus finanziellen Kalamitäten nicht mehr zu retten vermochte.

Schöpfwerk Holgast wird wieder aufgebaut.

Augustfehn. Infolge des Januar-Hochwassers stürzte das Schöpfwerk Holgast ein. Zur Zeit werden mit einer Dampframme meterlange Eisenpfähle in den Deich gerammt, um den Baugrund zu befestigen.

Zwei Einbrüche.

Zeven. Bei einem Gastwirt stieg ein Dieb durch das Küchenfenster ein und stahl dort ein Brot und einen Korb; anscheinend ist er durch das heimkehrende Mädchen daran gehindert worden, größere Beute zu machen. Mehr Erfolg hatte ein Einbrecher, der im Vorratsraum des Souterraingeschosses eines Hauses in der Lindenstraße Fleisch, Wurstwaren und 20 Gläser Eingemachtes erbeutete.

Mörder-Dorado in Verden

Mörder Künne dort auch in Haft. — Neun Schläge mit dem Hammer.

Verden. Angeklagt ist der Steinmetz Heinrich Borgwardt, Walsrode, geboren 09. Die Anklage wirft ihm zur Last, daß er Beziehungen zu der Hausangestellten Anni Wennhold in Cordingen gehabt und sie schließlich vorsätzlich mit Ueberlegung getötet hat. Auf einem Tanzvergnügen hatten sich beide kennengelernt. Der Verkehr wurde abgebrochen, Briefe gewechselt. Geheime Unterredungen folgten. Nach einer dieser Auseinandersetzungen will B. der W. einige Schläge mit dem Hammer versetzt haben, natürlich ohne Ueberlegung, die Leiche an den Beinen in einen nahen Bach geschleift und mit Tannenzweigen zugedeckt haben. Hier wurde sie dann am anderen Morgen gefunden. Der Verdacht lenkte sich sofort auf den Angeklagten, da die Getötete einen Brief einer Arbeitskollegin gezeigt hatte. Bereits am Morgen des 24. Dezember 1931 wurde der Angeklagte verhaftet. Der **medizinische Sachverständige** stellte vor Gericht **neun Verletzungen der Schädeldecke fest.** Das **Urteil** wegen dieser rohen Tat lautete: **„Der Angeklagte wird wegen Mordes zum verurteilt. Ihm werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt. Die Tat selbst und die Art ihrer Ausführung lasse mit Sicherheit darauf schließen, daß die Tötung des Mädchens mit voller Ueberlegung ausgeführt ist."**

Es befinden sich nunmehr drei zum Tode verurteilte Mörder im Landgerichtsgefängnis in Verden. Es sind dieses der Sexualmörder Künne aus Wesermünde, der Schuhmacher Ferdinand Stolle aus Gr. Henstedt (Kr. Syke), der seine Geliebte vor den Zug geworfen hatte, und der jetzt Verurteilte.

Bremer Getreide-Bericht. Weizen: Manitoba I: 5.85, Barusso (80 kg) 5.30; Gerste: Russen 9.— verzollt, La Plata 8.95 verzollt; Donau 8.85 verzollt; Hafer: Pomm. Weißhafer (52/3 kg) 9.75; Mais: La Plata 7.60 verzollt, Donau Galfox 7.25 verzollt. Tendenz ruhig.

Oldenburger Ferkel- und Schweinemaarkt. Auftrieb insgesamt 1472 Tiere, nämlich 1291 Ferkel und 181 Läuferschweine. Es kosteten das Stück der Durchschnittsqualität: Ferkel bis 6 Wochen alt: 7—8, 6—8: 8—11; 8—10: 11. Läuferschweine 3—4 Monate alt 17—21, 4—6: 21—30. Größere Läuferschweine entsprechend teurer. Beste Tiere aller Gattungen über, geringere unter Notiz bezahlt. Marktverlauf: Sehr ruhig! Nächster Markt: Donnerstag, den 2. Juni.

Berliner Großhandelspreise

Gemüse Kohlrabi Freiland Schock 2—4, Radieschen Schockbd. 0,8—1, Meerrettich 50 kg 40—50, Sellerie gewaschen Schock 22—30, Porree je nach Größe 1,50—4, Petersilie je nach Größe 100 Bd. 3—5, do. mit Wurzel 50 kg 6—10, Salat Freiland 3—7, do. Dredsner Schock 7—10, Spinat 50 kg 3,5—6, Gurken Freiland 100 Stück 15—35, Spargel I 50 kg gebündelt 27—33, do. lose 25—30, do. II gebündelt 15—22, do. lose 12—18, do. III 8—12, do. lose 5—8, do. unsortiert 14—20, Edel-Champignons Treibhaus 50—130, Rhabarber Freiland 2—3.

Rundfunk

Freitag, 27. Mai. 16 Plattdeutsche Jugendstunde. 16.30 Ein blinder Bildhauer und anderes Wundersame. 16.55 Nachmittagskonzert. 17.30 Aufzucht von Jungputen. 17.35 Zur Jahrhundertfeier des Hambacher Festes. 18 Volkslieder des Auslandes. 18.35 Stunde der Werktätigen. 18.55 Frankfurter Abendbörse, Hamburger Eiernotierungen, Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. 19 Aktueller Dienst. 19.15 Wetterdienst. 19.20 Feierstunde im Atelier eines Märchenmalers. 20 Worüber man in Amerika spricht. 20.15 Haydn-Sinfonie E.-Dur. 20.45 De dütsche Michel. 22.15 Nachrichtendienst. 22.35 Konzert.

Sonnabend, 28. Mai. 5.45 Wetterdienst, Landwirtschaftsmeldungen. 6 Morgengymnastik. 6.15 Wetterdienst. 6.20 Morgenmusik. 7 Zeitangabe, Wetterdienst, Wiederholung der Abendmeldungen. 8.15 Zeitgemäße Ernährungsratschläge. 10.50 Nachrichtendienst. 11 Feier des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und Gustav-Adolf-Gedenk-Feier in Lützen (am Gedenkstein). 11.45 Gottesdienst i. d. Deutsch-Evang. Gustav-Adolf-Kirche, Lützen. 13 Börsenfunk. 13.10 Wetterdienst. 13.15 Kriminalmeldungen. 13.20 Funkwerbung. 13.25 Unterhaltungskonzert. 14 Nachrichtendienst. 14.10 Meisterbearbeitungen. 15 Börsenfunk. 15.40 Schiffahrtsfunk.

Herausgeber: Kurt Thiele, M. d. R. Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hanskarl von Sichart; für den Anzeigenteil: W. Kastens, sämtlich in Bremen. — Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.
Rotationsdruck: Weser-Druckerei Bremen.

WOLFGANG MARKEN

Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU IN SA.

26. Fortsetzung

Der Bürgermeister war rot im Gesicht und mußte sich am Tisch festhalten. „Ich . . . kann . . . nicht mehr! Um Gottes willen . . . hören Sie auf!", prustete er vor Lachen.

„Weiter! Weiter!", rief das ganze Lokal.

„Ja, so haben wir jahrelang glücklich zusammengelebt, bis auch er . . . bis auch er . . . den letzten Schnaufer tat. Ja, sterben müssen wir ja alle, aber daß mein Arno eines so elenden Todes sterben mußte, das habe ich bis heute noch nicht verwunden."

„Wie ist er denn gestorben?", fragte der Oberförster.

Hans erhob sich, sah um sich mit tiefernstem Gesicht, unternahm einen wehen Augenaufschlag, der ihm blendend gelang, und sagte: „Er ist in . . . meiner Badewanne . . . ertrunken."

Die Pointe saß.

Die Gäste im Schankraum hielten sich buchstäblich den Bauch vor Lachen. Vielen kollerten Tränen aus den Augen.

Der Bürgermeister quietschte einmal um das andere Mal: „Ersoffen . . . der Hering ist ersoffen . . . Hahahahahaha!"

*

Das Gelächter war so stark, daß es draußen gehört wurde.

Auch am Tische des Drei-Eichen-Hofes spitzte man die Ohren.

Hans Berghoff kam heran.

Anita sagte: „Wenn das Lachen nicht auf Sie zurückzuführen ist, Herr Berghoff, dann will ich nicht Anita heißen."

„Ich bin die Ursache," sagte Hans mit biederer Unschuldsmiene zu Anita, „aber ich kann nichts dafür."

„Was haben Sie denn erzählt?" mischte sich der Oberst ins Gespräch.

„Vom Leben und Sterben meines Arno."

„Wer war denn Ihr Arno?"

„Ein . . . geräucherter Hering, Herr Oberst."

Jetzt setzte sich die Lachsalve bis zu diesem Tische fort.

Hans mußte nochmals erzählen, und die Wirkung war nicht geringer.

*

Hermann merkte, mit welch großem Interesse Dr. Koch aus Berlin sich um Helga mühte.

Dr. Koch zeigte sich als blendender Gesellschafter und brachte alle möglichen und unmöglichen Themata aufs Tapet.

Hermann konnte am Anfang nicht mit.

Es behagte ihm nicht, und der Berliner gefiel ihm nicht, schon deswegen, weil er sich um Helga bemühte.

Trotz kam in ihm auf. „Ich bin auch nicht von irgendwo, und ich habe nicht umsonst viele Jahre gelernt und studiert," sagte er zu sich selber und paßte die Gelegenheit ab, in die Unterhaltung einzugreifen.

Und die Gelegenheit kam, nicht bei einem landwirtschaftlichen Thema, sondern als man auf moderne Tänze zu sprechen kam.

Dr. Koch glaubte das Wort führen zu können. Er strich heraus, daß er in allen firm sei, und staunte nicht wenig, als Hermann mit größter Ruhe sagte: „Ja, das gehört jetzt für einen Mann, der in der Gesellschaft eine Rolle spielen will, zum guten Ton. Er muß die Tänze einfach beherrschen. Sehen Sie, Herr Doktor, ich selber habe mich damit befaßt und bilde mir ein, im Tango, im Walse Boston, im Foxtrott und wie sie alle heißen, keine schlechte Figur zu machen."

Dr. Koch sah ihn erstaunt an.

Ich habe vier Jahre an der landwirtschaftlichen Hochschule in Leipzig weggemacht und bin da viel in Gesellschaften gekommen."

Dr. Koch verbeugte sich.

„Man sollte es nicht glauben . . . Sie als Landwirt."

„Ja, als Landwirt, oder sagen Sie ruhig Bauer. Sie heißen wir, die das Land bebauen, schon seit alten Zeiten, und Sie dürfen glauben, daß wir diesen Namen als Ehrennamen tragen. Nennen Sie einmal meinen Großvater Landwirt oder Gutsbesitzer, er wird elend grob und sagt: Ich bin ein Bauer wie meine Vorfahren und will nichts anderes sein. Bauer ist nicht jeder, aber Gutsbesitzer kann jeder sein, der dazu das nötige Geld besitzt. Das Wort Bauer ist der Ehrenname für den selbständigen Landwirt. In der Stadt hat man den Fehler gemacht, den Bauer teilweise als zweitklassige Menschen anzusehen. Man hat manchmal spöttisch über ihn gelächelt, weil der Bauer seinen Kopf nicht mit allem möglichen Zeug vollpfropfte und weil er wohl oft auch seine geistige Schulung vernachlässigte. Heute ist das gottlob anders. Land und Stadt reichen sich die Hände und kommen sich näher."

Ueber dieses Thema sprachen sie eine ganze Weile.

Helga interessierte es in höchstem Maße, weniger den Doktor, doch mußte er wohl oder übel darauf eingehen.

Helga aber staunte immer mehr über Hermann Rüster.

Der stand in gesellschaftlicher Hinsicht kaum hinter dem Rechtsanwalt zurück.

Oberst von Kettler verwickelte Helga in ein Gespräch.

„Wir führen den gleichen Namen, wenn bei mir auch ein von dranhängt. Aber das kann ja bei Ihnen auch einmal gewesen sein. Auf alle Fälle interessiert es mich sehr."

Er fragte sie nach ihren Eltern.

Viel konnte Helga nicht sagen, denn sie war im Waisenhaus aufgewachsen und hatte ihre Eltern nie gekannt. Sie wußte nur, daß ihr Vater eine Stellung in den Tropen innegehabt, mit dem Vornamen Ferdinand geheißen hatte, und daß er an der Schlafkrankheit gestorben war. Seine Frau, die mit dem kleinen Mädchen in Deutschland gelebt hatte, war ihm aus Gram nach wenigen Monaten gefolgt, und Verwandte waren nicht da, so daß Helga ins Waisenhaus gekommen war.

Sie hatte es dort nicht schlecht gehabt, denn die Vorsteherin war eine gütige Frau, die zielbewußte Energie mit großer Güte in sich vereinte. Aber es hatte eben doch die Mutter gefehlt. Daß nie eine liebende Mutterhand über Helgas Stirn strich, als sie im Lebenskampfe stand, das hatte sie herb gemacht. Alles an ihr war verinnerlicht. Ihre Seele war voll Lebensfreude, aber die Freude wagte sich nicht recht heraus.

Die Hochachtung des alten Herrn für Helga Kettler, die das Leben so trefflich gemeistert hatte, stieg.

*

Hans hatte es vollbracht.

Die Dorfkapelle war völlig kampfunfähig.

Glücklicherweise traf aber auch ziemlich zur gleichen Zeit das von Hans bestellte Quintett ein, das mit Jubel empfangen wurde.

„Tag, lieber Sparrke!"

„Tag, Herr Berghoff! Also da sind wir. Na Kinder, packt mal aus. Wir wollen erst mal einen Tusch spielen!"

„Wem denn?"

„Ihnen!"

Fortsetzung folgt!

27. Mai 1932

Der deutsche Arbeiter

1. Jahrg., Nr. 4

Wo bleiben die Gewerkschaften?

Der Arbeiter soll noch mehr hungern.

Von Dr. Ottokar Lorenzen.

Selten hat eine Politik so offenkundig zum Mißerfolg geführt wie die Notverordnungspolitik des Lohn- und Preisabbaues. Niemand leugnet, daß diese Politik die Kaufkraft der breiten Massen geschwächt und den Binnenmarkt auf das schwerste geschädigt hat. Auch den Vertretern der Deflationspolitik war es von vornherein klar, daß dieses Ergebnis eintreten mußte. Zur Verteidigung ihrer Politik wußten sie immer nur einen Grund anzuführen: Die Erhöhung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Vergleicht man die Ergebnisse mit den Erwartungen, so muß man jedoch eine überraschende Feststellung machen. Im Jahre 1931 betrug die deutsche Ausfuhr im Monat durchschnittlich

	800 Mill. M.
im Dezember 1931 immer noch	738 Mill. M.
dagegen: im Januar 1932	542 Mill. M.
im Februar 1932	527 Mill. M.
im März 1932	516 Mill. M.

Im Januar 1932 sank also die deutsche Ausfuhrziffer plötzlich um nahezu 200 Millionen Reichsmark. Zufällig ist nun der 1. Januar 1932 der Tag, an dem sämtliche Tariflöhne durch diktatorischen Eingriff der Regierung Brüning um 10—15 Prozent herabgesetzt wurden.

Die erste behördliche Durchbrechung des geltenden Tarifvertragsrechts, die schärfste Herabsetzung der Löhne seit der Inflationszeit, konnte also nicht verhindern, daß gleichzeitig die deutsche Ausfuhr einen katastrophalen Rückgang erfuhr. Man sollte es nicht für möglich halten, daß nach diesen Erfahrungen immer noch verantwortliche Wirtschaftspolitiker und „Wirtschaftsführer" für eine Fortsetzung der Politik des Lohn- und Preisabbaues eintreten, und doch ist das der Fall. Soeben schreibt „Der Arbeitgeber", die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände:

„Wir haben mit unserer Deflationspolitik noch nicht die Plattform erreicht, von der ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist. Auch die Deflation der Unkosten und darunter der Löhne kann noch nicht als abgeschlossen gelten. Das deutsche Preisniveau kann noch nicht mit den Ländern konkurrieren, die den Goldstandard aufgehoben haben. Schon aus diesem Grunde steht die deutsche Wirtschaft unter dem Zwang, auch weiterhin ihre Selbstkosten zu senken."

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es geradezu irrsinnig, anzunehmen, daß wir durch eine Fortsetzung der Deflationspolitik jemals unsere Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber verbessern können. Gerade die Zerstörung des Binnenmarktes durch die Deflationspolitik, das gewaltsame Hinauftreiben der Arbeitslosenziffer ist es, was unsere Wirtschaft mit unproduktiven Ausgaben belastet und immer weniger konkurrenzfähig macht. Erheiternd ist das Zugeständnis, daß andere Länder ihre Konkurrenzfähigkeit auf sehr einfache Weise erhöht haben: durch Abgehen vom Goldstandard. Aber so gering ist das Vertrauen zur Regierung Brüning heute auch bei ihren getreuesten Anhängern, daß ihr keiner die Loslösung der deutschen Währung vom Gold anvertrauen möchte. Denn unter dieser Regierung ist allerdings das Festhalten am Goldstandard der letzte und einzige Schutz gegen die Inflation.

So bleibt unseren „Wirtschaftsführern" nichts übrig, als krampfhaft die verfehlte bisherige Politik fortzuführen. Man will das Tarifvertragsrecht weiter durchlöchern und die Löhne weiter herabsetzen. Während der Reichsarbeitsminister Artikel schreibt, in denen er sich mit vielen Wenn und Aber für die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne theoretisch einsetzt, haben die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft praktisch einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht auf dem Wege zur weiteren Aushöhlung der Tarife. Auf Grund der 4. Notverordnung sind die meisten Tarifverträge am 30. April abgelaufen. Eine Erneuerung der Verträge hat bisher nur in ganz wenigen Fällen stattgefunden, weil die Verhandlungen von den Unternehmern verschleppt wurden. Für Millionen deutscher Arbeiter ist somit ein tarifloser Zustand eingetreten, unter den heutigen Verhältnissen eine ungeheure Gefahr für die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne! Die Gewerkschaften haben es durch ihre mangelnde Aktivität dazu kommen lassen, das Reichsarbeitsministerium hat sich überhaupt nicht gerührt. Da der Wochenlohn der letzten Vollarbeiter durch die Einführung der Vierzigstundenwoche bereits empfindlich gekürzt wird, traut man sich offenbar nicht, gleichzeitig auch noch die Stundenlöhne herabzusetzen. Andererseits glaubt man die bestehenden Lohnsätze nicht für einige weitere Monate garantieren zu können. So läßt man alles in der Schwebe, und das ist heute für die Arbeiter der allergefährlichste Zustand. **Unentschlossenheit und Ratlosigkeit drücken der Lohnpolitik Stegerwalds den Stempel auf. Wir Nationalsozialisten aber werden die Gewerkschaften immer wieder vor die Frage stellen, ob sie es dulden wollen, daß durch den aus ihrer Mitte hervorgegangenen Reichsarbeitsminister die Sozialversicherung zerschlagen wird, daß die Nichterneuerung der bestehenden Tarifverträge schwere Gefahren für das Tarifrecht überhaupt heraufbeschwört und daß die Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes von Monat zu Monat verschoben wird.**

Sie denunzieren und schließen aus

Die Angst der Bankrotteure!

Je hilfloser die Gewerkschaften der Wirtschaftskatastrophe und der sozialen Verelendung den von ihnen vertretenen Arbeiter gegenüberstehen, je mehr sich der deutsche Arbeiter von jenen „Führern" abwendet, die die Gewerkschaften organisatorisch und politisch in Grund und Boden gerichtet haben, desto infamer und verächtlicher werden die Methoden der um ihre Existenz bangenden Bonzen.

Einen Kollegen dem Unternehmer zu denunzieren, galt früher mit Recht als eine Gemeinheit, die jeder aufrechte Arbeiter weit von sich wies. Heute werden die Gewerkschaftsmitglieder von ihren „Führern" systematisch zur **Bespitzelung** und **Angeberei** angehalten. Statt aller weiterer Worte lassen wir zwei Beweise sprechen. Es handelt sich um **Rundschreiben** des marxistischen **Einheitsverbandes** an seine Funktionäre:

„Werte Kollegen!

Die Bezirksleitung hat an den Präsidenten der Rbd. Dresden eine Eingabe gerichtet, die zu der nationalsozialistischen Propaganda in den Dienststellen Stellung nimmt und sich auf Grund der Vorgänge, die sich gezeigt haben, **gegen die parteipolitischen Umtriebe der Nationalsozialisten** wendet. Die Eingabe der Bezirksleitung ist Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Rbd. Dresden und der Bezirksleitung gewesen. Ueber die Ursachen und das Verhandlungsergebnis gibt das nachstehende Rundschreiben der Bezirksleitung Aufschluß.

Wir ersuchen alle unsere Funktionäre den Inhalt des Rundschreibens strengstens zu beachten und **jeden nationalsozialistischen Propagandeur,** der gegen die Verfügung der Rbd. Dresden verstößt, uns namhaft zu machen. Mit kollegialem Gruß! Die Ortsverwaltung."

„In der letzten Zeit haben wir nun der Rbd. Dresden — Präsident Dr. Domsch — verschiedene Fälle dieser unerlaubten nationalsozialistischen politischen Propaganda im Reichsbahnbetrieb unterbreitet, da wir keinesfalls hinnehmen, daß man gegen uns — siehe Bildung der „Eisernen Front" — die Verfügung des Generaldirektors streng anwendet, aber bei den nationalsozialistischen Bestrebungen die größte Toleranz an den Tag legt."

Die rote Parteiherrlichkeit wird durch solche verächtliche Mittel nicht gerettet werden. Die Arbeiter aber, die sich zur Bespitzelung ihrer Kollegen mißbrauchen lassen, mögen sich darüber klar sein, daß sie sich mit ihrem Verhalten außerhalb der Reihen aller anständigen Menschen **stellen und auch dementsprechend behandelt werden!**

*

Unser Einbruch in die Reihen der marxistischen Arbeiterschaft hat jetzt auch dazu geführt, daß die vor Angst sinnlos gewordenen Bonzen neuerdings alles aus den Gewerkschaften hinauswerfen, was auch nur im leisesten Verdacht steht **Nationalsozialist** zu sein. In **Leipzig, in Dresden, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Schlesien** usw. — allerwärts geht man jetzt dazu über, unsere Pg. ganz willkürlich **aus den Verbänden** auszuschließen.

Die Bonzen nutzen die Macht aus, die sich noch in ihren Händen befindet und es wäre lächerlich, wenn wir uns darüber groß entsetzen wollten! Sie zeigen uns, wie es gemacht wird — nun zunächst heißt es für unsere Parteigenossen: **ruhig Blut behalten!** Die Gewerkschaften sind nicht der Bonzen, sondern der Arbeiter wegen da und kein Parteigenosse, der gewerkschaftlich organisiert ist, darf jetzt seine Mitgliedschaft aufgeben oder leichtsinnig aufs Spiel setzen. **Im Gegenteil!** Gerade weil wir die Gewerkschaften bejahen und ihnen eine wesentliche Rolle im Aufbau des neuen Deutschlands zuweisen, wollen wir sie mit neuem Geist erfüllen und uns in ihnen durchsetzen.

Dazu dient vor allem unsere Arbeit in der NSBO. Sie ist der geeignete Ansatzpunkt, um die Idee Adolf Hitlers in die Betriebe, in die Arbeitermassen zu tragen und in dem Maße, in dem wir den deutschen Arbeiter gewinnen, werden wir auch die Gewerkschaften erobern. Wir wissen, daß unser der Sieg und unser die Zukunft ist, und darum gehen wir mit eiskalter Ruhe an die Arbeit und lassen uns durch die Angstmanöver der Gewerkschaftsbonzen nicht beeinflussen.

Hg.

Bilanz der Gewerkschaftspolitik

Niedergang der Sozialversicherung.

Der Bericht der Sozialversicherungen für das Jahre 1931 wurde kürzlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht.

Er schließt mit einem Defizit von 17 Mill. ab (ohne die Arbeitslosenversicherung).

Die Beitragseinnahmen gingen um etwa 496 Millionen Mark zurück. Die Leistungen sanken infolge der Notverordnungen um 10 Prozent. Ebenso gingen die Leistungen der Krankenversicherung erheblich zurück. Bei einem Gesamt-Ausgabenetat der Sozialversicherung von 4,040 Milliarden Mark wurden 288 Millionen für die Verwaltung ausgegeben.

Rote Gewerkschaftspolitik

Sämtliche Nazis entlassen!

Im Rahmen der Massenkündigungen bei der Reichsbahn-Aktiengesellschaft wurden am 12. Mai im Ausbesserungswerk Halle 158 Mann entlassen.

Unter den Gekündigten befindet sich unsere gesamte Betriebszelle (bis auf 2 Mann), während nur zwei Angehörige der sozialdemokratischen Gewerkschaften entlassen wurden, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Beiträge nicht mehr bezahlen konnten. Man hat selbst Arbeiter auf die Straße gesetzt, die bereits 20 Jahre und mehr in der Werkstätte arbeiten, aber solche, die erst 2, 3 und 4 Jahre mit dem roten Partei- und Verbandsbuch in der Tasche dort sind, wurden behalten. Ferner weisen die Kündigungen eine ganze Reihe äußerster Härten auf, während wirtschaftlich bedeutend besser Gestellte ihrer Arbeit nicht verlustig gehen. Bemerkenswert ist auch, daß ausgezeichnete Spezialarbeiter der Erwerbslosigkeit ausgeliefert wurden und von seiten der Meister die Aeußerung fiel, die besten Leute habe man entlassen und minderwertige Kräfte behalten.

Diese rigorose, von krassester Parteipolitik bedingte Art der Kündigungen hat unter der Hallenschen Eisenbahnerschaft ungeheure Erregung hervorgerufen.

In einer Versammlung der Entlassenen, die von der NSBO. einberufen und geleitet wurde, fand die Einsetzung eines Interessenausschusses allgemeine Billigung.

Begeisterte Zustimmung fand der Appell, nun erst recht zusammenzuhalten und im Sinne des nationalen Sozialismus alle Kräfte für den Befreiungskampf einzusetzen.

Halle ist mobil geworden. Die Gewerkschaftsbonzen schweigen schuldbewußt, die Arbeiter aber kehren ihnen immer mehr in hellen Scharen den Rücken.

Deutscher Arbeiter-Mai

In Gotha

der einstigen Hochburg des Marxismus, veranstaltete die NSBO. eine große **deutsche Maifeier.** Ueber 3000 deutsche Arbeiter marschierten am 1. Mai durch die von Zuschauern dicht umsäumten Straßen der Stadt. Mit einer machtvollen Kundgebung auf dem Marktplatz fand die Veranstaltung, die ein neuer Beweis für die Kraft und Stärke unserer Bewegung war, ihren Abschluß.

In Hannover

beherrschte am 1. Mai die von der NSDAP. veranstaltete **Maifeier** das gesamte Straßenbild. Schon am Vormittag durchfuhren die Festwagen der verschiedenen Berufsgruppen die Stadt, um sich zum Aufstellungsplatz zu begeben. Um 2,30 Uhr setzte sich dann der **weit über 6000 Teilnehmer** zählende Maifeierzug der NSDAP. in Bewegung. Alle von ihm berührten Straßen waren von riesigen Zuschauermassen umlagert, die den Zug mit Blumen und Heilrufen begrüßten. Zur gleichen Zeit veranstaltete die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie vor völlig menschenleeren Straßen ihre „Maifeierdemonstration", von niemanden beachtet, von niemanden begrüßt!

Am Abend beginn unsere Hannoversche Bruderorganisation dann in den größten Lokalen der Stadt ein deutsches Volksfest, das von über 20 000 Menschen besucht war und einen prächtigen Verlauf nahm. —

Aehnlich eindrucksvoll verlaufene Maifeiern fanden in zahlreichen Orten **Mittel- und Westdeutschlands,**

im sächsischen und rheinisch-westfälischen Industriegebiet

statt. Einen Bildbericht von der großartigen Mai-Kundgebung in

Bochum

brachten wir bereits am Dienstag.

Sie alle sind ein unwiderlegbarer Beweis, daß es der Idee Adolf Hitlers immer mehr gelingt, Eingang in die Herzen **und Hirne der deutschen Arbeiter zu finden.**

Betriebsratswahlen der ostpreußischen Landwirtschaftskammer.

Bei den Betriebsratswahlen der Landwirtschaftskammer Ostpreußen konnte die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation einen hundertprozentigen Sieg erringen.

Wir errangen:

2 Sitze im Arbeiterrat und
7 Sitze im Angestelltenrat.

Dadurch fielen uns sämtliche 9 Sitze des Betriebsrats zu.

Das Festmahl des Kommunisten

Wein für 28 RM.

Im Sklarek-Prozeß beschäftigte sich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißenberg wiederum mit den Geschenken, die der frühere kommunistische Stadtrat Degener angenommen habe, und zwar in Form von zwei Porzellanservicen, von denen das eine 451 RM., das andere 148 RM. gekostet habe. Auch in diesem Falle nehme die Anklage Bestechung an.

Die von Degener geleisteten Gegengeschenke stünden in keinem Verhältnis zu dem, was er erhalten habe. Seine ganze Lebensweise könne er keineswegs von seinem Gehalt bestritten haben. Der Staatsanwalt ging dann auf eine Festlichkeit im Oktober 1927 im Hause Degener ein, wo es 12 Gedecke mit kostbaren Weinen gegeben habe. Die Flasche habe 17 bis 28 RM. gekostet. Im ganzen sei Wein für über 800 RM. hinuntergespült worden. Das einzelne Gedeck mit Wein habe 67 RM. betragen. Der Staatsanwalt kam auch auf eine Möbelrechnung zu sprechen, die eine Höhe von 15000 RM. aufweist. Für Innenausstattung der Wohnung Degeners sind 9800 RM. ausgegeben worden und für Fliesen und einen Marmortisch ebenfalls recht beträchtliche Summen.

Trennt dieses Blatt ab und benutzt es als Betriebszeitung

Soldaten oder Militärs? Ein Buch zum Nachdenken. — Von Bernhard von Volkmann-Leander. J. F. Lehmanns Verlag, München 2 SW. 1931. 150 Seiten. Geh. Mk. 3.—, in Lwd. 4.—.

Ein Buch zum Nachdenken nennt der Verfasser sein Werk. Zum Nachdenken über den Anteil des deutschen Heeres am unglücklichen Ausgang des Weltkrieges. Bernhard von Volkmann ist der jüngste Sohn von Richard von Volkmann-Leander, der in einem anderen Krieg die „Träumereien an französischen Kaminen" schrieb. Das Buch des Sohnes zeugt von gleicher schriftstellerischer Begabung, aber es ist ganz anderer Art, ein Buch des Kampfes, des Willens, geboren aus den Schlachtgewittern der Westfront, verzweifelten Jahren der Kriegsgefangenschaft und zermürbenden Kämpfen im Deutschland der Gegenwart. Keine Träumereien also, sondern der Aufruf aller wehrwilligen Deutschen zur Mitarbeit am Bau des neuen Reiches. Volkmann war einer der schneidigsten deutschen Reiteroffiziere, ein rechter Frontsoldat von rauher und gerader Art. Diesem Frontsoldatentum stellt er gegenüber den Typ des Militärs, des Offiziers, der kein Kämpfer mehr ist, sondern ein Beamter, ein Philister oder gar ein Streber, der den Schein höher stellt als das Sein, die Bildung höher als den Charakter, den Rock höher als das Herz. Unter diesem Gesichtspunkt behandelt er die Grundfragen des Soldatentums, die die Grundfragen des Kaiserlichen Heeres ebenso sind wie der gegenwärtigen und künftigen deutschen Wehrmacht. Er schildert den Geist des ausgehenden 19. Jahrhunderts und sein Abfärben auf den Hof, das Kabinett, das Offizierkorps. Er spricht von der Friedenslaufbahn des Offiziers, seiner Auslese und Ausbildung, von Grenzgarnisonen und Binnengarnisonen, er untersucht die Ausbildung und Versorgung der Unteroffiziere und nimmt kritisch Stellung zu den veräußerlichten Formen der Tradition und der Auszeichnungen. Im Zusammenhang mit all diesen Dingen wird immer wieder gefragt, wie muß der rechte Führer beschaffen sein, wie kann er auch in der Schlacht kraft innerer Autorität die Disziplin erhalten, wie grenzen sich Gehorsamspflicht und Selbstverantwortlichkeit ab.

Volk und Wirtschaft

Der Kinderschreck mit Punkt 17

Wie hat der Landwirt den Punkt 17 des nationalsozialistischen Programms zu verstehen?

Von Landw. Lehrer Paul Collignon

Für diejenigen, der, nach ministerlellem Muster, noch nichts von einem festen Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gehört haben sollte, sei der Punkt 17 hier nochmals wiederholt:

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation."

München, 24. Februar 1920.

Hierzu lautet die nähere Erläuterung Adolf Hitlers selber:

„Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohles verwaltet wird, wenn nötig zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften." München, 13. April 1928.

Trotz dieser klaren Erläuterung des Führers findet man noch immer bei manchen Bodenbesitzern Zweifel an der Stellung des Nationalsozialismus, zumal gerade Landwirten gegenüber die Worte Bodenreform, Enteignung, Abschaffung des Bodenzinses gern von Feinden des Nationalsozialismus absichtlich falsch gedeutet werden.

Zu Wirklichkeit ist der Nationalsozialismus weit entfernt davon, das Recht jedes deutschen Volksgenossen auf Eigentum, hier also von Haus und Hof, Grund und Boden, irgendwie zu verneinen. Nur stellt er allerdings diesem Recht auch die Pflicht gegenüber, den Boden im Sinne des Wohles der Gesamtheit zu nutzen und dieses beschränkte Volkseigentum, die Grundlage des ganzen Volksdaseins, nicht etwa beliebig zu veräußern oder gar damit zu spekulieren. Der Boden darf durch Privatgeldgeber nicht beliehen werden, bei Verkauf behält sich der Staat das Recht der Genehmigung vor, eine übermäßige Teilung, wodurch die Wirtschaftseinheiten zu klein werden, um eine Familie zu ernähren, kann verhindert werden. Andererseits sollen aber auch Haus, Hof, Grund und Boden der Pfändbarkeit entzogen sein.

Es sind dies

grundlegende Richtlinien,

die von denen etwa des Kommunismus, wie sie versucht werden durch Hunger und Gewalt in den Kollektivwirtschaften des Sowjetparadieses zur Durchführung zu bringen, himmelweit verschieden sind. Bezwecken sie doch gerade die Erhaltung und den Aufbau eines gesunden Bauernstandes, der Herr seiner Scholle, Ernährer einer Familie, Erhalter der Rasse und der Volkskraft sein und bleiben soll.

Um diese neuen Gedanken ganz zu verstehen, müssen wir uns vorerst einmal den Begriff des Eigentums nach dem alten, deutschen Rechtsempfinden klar machen, das, entwickelt aus dem Lehnsrecht, das Besitzrecht beim Boden anders auffaßte als bei beweglichen Sachen. Haus, Hof, Grund und Boden waren nach deutschem Recht keine Ware, die man beliebig verkaufen oder mit der man gar handeln konnte. Der einzelne Besitzer blieb stets Bürger oder Mitglied einer engeren oder weiteren Gemeinschaft, deren Rechte vorgingen, und war seiner Familie, seinem Stamm, seinem Volke verantwortlich für die richtige Nutzung und Verwaltung des Bodens, die ihm, bei offenbarer Mißwirtschaft, entzogen und in andere Hände gelegt werden konnte. **Wir haben heute noch Reste solcher Eigentumsbegriffe in dem Familienfideikommißrecht, in Familienstiftungen, ferner in gemeinsamen Flurberechtigungen, Waldbenutzungen, wobei der Grund und Boden der ganzen Dorfgemeinde, als einer großen Familie betrachtet, gehört.**

Dieser

urdeutschen Auffassung von Bodenrecht

trat allmählich mehr und mehr und steht heute vollkommen der ursprünglich fremde, römische Rechtsbegriff entgegen, bestärkt durch den mächtigen Einfluß der römischen Kirche und in Gesetz gebracht von Juristen, die von den Ideen einer finanzkapitalistischen Liberalismus durchdrungen waren. Unser heute gültiges Recht ist ein sogenanntes individualistisches Recht, das den Einzelmenschen in den Mittelpunkt stellt, ihn von allen Bindungen mit der ihn umgebenden Gesellschaft, Familie, Sippe, Gemeinde, Staat löst. Der bedeutende Rechtsgelehrte Ihering bezeichnet es als eine **„Religion der Selbstsucht"**, als „Mittel zur Durchsetzung selbstsüchtiger Zwecke des einzelnen, der danach mit seinem Eigentum nach seinem Ermessen schalten kann und soll, wie es ihm beliebt." Eigentum auch von Grund und Boden ist also nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch unbeschränkt, der Besitzer kann damit machen, was immer er will.

Solche, dem ursprünglichen, deutschen Rechtsempfinden demnach vollkommen fremde Auffassung, gab dem Eigentümer von Grund und Boden zwar größere Freiheit, über seinen Besitz zu verfügen, machte dadurch aber auch die Bahn frei für eine

kapitalistische Ausbeutung des Grundbesitzes,

selbst wenn dadurch die Familie, die Volksgemeinschaft, Schaden erlitt. Praktisch führte denn auch erst das Recht des absoluten Eigentums zu den heute so überaus häufigen Verkäufen von Haus- und Grundbesitz mit den nicht seltenen, groben Uebervorteilungen dabei, zu Spekulationen mit Grund und Boden, seiner Beleihung, Verpfändung und Enteignung. Fremdstämmige erwarben deutschen Boden, vernachlässigten ihn oder wucherten damit, während der Bauer, mit seiner Familie von Haus und Hof verdrängt, zum städtischen Proletarier wurde, oder allenfalls zum Pächter seines früheren Besitzes. Soweit dies noch nicht der Fall, bestimmen heute Hypothekengläubiger über einen sehr erheblichen Teil des deutschen Bodens und Hausbesitzes, und der nur noch formelle Eigentümer ist zu ihrem Zinssklaven geworden.

Ein weiterer Punkt des Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Nr. 19, fordert daher auch

„Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht",

was nunmehr vielleicht auch besser verstanden werden wird. Also nochmals, ein den alten, deutschen Begriffen entsprechendes Recht, zwar des absoluten und erblichen Besitzes von Grund und Boden, dem aber Pflichten der durch diesen Boden erst möglichen Volksgemeinschaft gegenüberstehen, die auch leichtsinnigen Verkauf, Belehnung oder Verpfändung verhüten bzw. regeln. **Der Nationalsozialismus, der den Landwirt überhaupt für den wichtigsten Stand, für das Fundament eines unabhängigen Staates und Volkes ansieht, wird es ihm auch wieder ermöglichen, sich und seine Familie, bei fleißiger Arbeit, von seinem Boden zu ernähren. Weitgehendster Zahlungsaufschub für bisher eingegangene Schulden, wenn nötig, Unterstützung durch billigste, staatliche Kredite, sollen den Bauern wieder frei machen von den Folgen fremder, römischer Winkelzüge, der heutigen, erdrosselnden Zinsknechtschaft.**

Aber das wichtigste Volksgut, der heimatliche Boden, soll und muß ihm, seiner Familie, dem State, erhalten bleiben, zu seinem eigenen Besten und zu dem aller deutschen Volksgenossen, von denen der einzelne Grundbesitzer ja auch nur ein Teil ist.

Zinssklaverei auch in Holland

Weshalb die holländischen Bauern Deutschland beschuldigen

Amsterdam, 26. Mai.

Auch in Holland leidet die Landwirtschaft unter der Diktatur des Geldes.

Ein typisches Beispiel für ein falsches Wirtschaftssystem bietet der holländische Handel landwirtschaftlicher Produkte. Auf der einen Seite klagen die Bauern seit Jahr und Tag über die immer weiter sinkenden Preise, die ihre Existenz aufheben. So melden die Blätter, daß die friesischen Bauern nur 1½ cents pro Liter Milch erhalten, während der Zwischenhandel dem Konsument bis 12 cents abnimmt. Mit Eier, Butter, Gemüse und anderen Produkten ist es dasselbe Bild. Die Presse bringt täglich die Klagen der Bauern in seitenlangen Artikeln und der Leser könnte daraus den Ausbruch einer Bauern-Revolution erwarten. Aber nichts wäre vollkommen, wenn man nicht auch die andere Seite, den Handel, einmal unters Licht zieht, dessen Geschäfte in schonender Weise mit kleinen statistischen Angaben sich ebenfalls in den holländischen Zeitungen finden, aber ohne Kritik. Da heißt es namentlich, daß der Buttrepreis so stark gefallen ist, bis 40 cents per Pfund, weil man riesige Mengen ausländischer Butter ins Land gelassen hat. Im April noch hat Rußland sieben mal sein Kontingent überschritten. Man sieht in Holland russische, australische, dänische und andere Butter, nur keine holländische. Aber dafür führt man einen Butterkrieg mit Boykott gegen Deutschland, das nicht genügend holländische Butter kaufen will. **Die Urheber dieses verleumderischen Kampfes gegen Deutschland, sind nicht die irregeführten Bauern in Holland, sondern der Handel, der selbst Riesenprofite mit Deutschland macht und die Bauern aufhetzt, damit diese von dem blühenden Geschäft, von dem sie nur künstlich fern gehalten werden, nichts erfahren.** Es konnte gerade zur Zeit kein treffender Beweis erscheinen, als der Bericht der holländischen landwirtschaftlichen Handelskammer im Haag über den Monat April. Das ist die Organisation der Händler, die die blühenden Geschäfte machen und die Bauern mit einem Bettelgeld abfinden. Zunächst sagt der Bericht, daß die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Produkte im April ziemlich befriedigend war. Der Export an Pferden, Zuchtvieh, Geflügel, Schweinefleisch, Käse, Eier, Konservenmilch, Kartoffeln und Zucker war viel höher als im Vormonat und namentlich **nach Deutschland stark gestiegen.** Also „Moses und Aron" reiben sich schmunzelnd die Hände, während die Bauern Pleite gehen und letztere sich obendrein noch von „Synloch" als politische Schafe mißbrauchen lassen! **Die amerikanischen Automobile, die die Bauern aus Not verkaufen müssen, soweit sie nicht gepfändet werden, kaufen die wohlhabenden Händler, die heute den Gewinn einstecken.**

Es wird höchste Zeit für die holländischen Bauern, daß sie sich einmal mit Adolf Hitler beschäftigen und einsehen, daß sich das Handelssystem, dem sie zum Opfer fallen, während es andere Kreise reicht macht, lang überlebt hat. Das Vorbild in Deutschland hat bewiesen, daß man dazu keine Revoluten braucht, sondern nur den Stimmzettel bei den Wahlen.

Was gibt uns der deutsche Boden?

Zahlen aus unserer Ernährungswirtschaft

Schon seit langem gilt in der offiziellen Wirtschaftstheorie der Grundsatz, daß der Gewinntrieb die einzige Ursache der wirtschaftlichen Tätigkeit des Menschen sei, und daß die menschlichen Leistungen sofort nachließen, wenn der durch Arbeit erzielbare Profit zurückgehe. Wäre diese graue Theorie praktische Wirklichkeit, so würde es keine deutsche landwirtschaftliche Produktion mehr geben. Der Hohenheimer Agrarwissenschaftler Professor Dr. Münzinger hat durch eingehende und genaue Untersuchungen festgestellt, daß das Durchschnittseinkommen des deutschen Bauern während der letzten Jahre ungefähr einem Stundenverdienst von 15—20 Pfg. gleichkam. Die Hälfte der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe konnte sich durch eigene Einnahmen nicht über Wasser halten, sondern mußte auf Kredite zurückgreifen. Die fortgesetzten Verpfändungen und Versteigerungen reden eine deutliche Sprache über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der deutschen Bauern.

Trotzdem die Einnahmen der Landwirtschaft so gesunken sind, daß man von einer Entlohnung fast nicht mehr sprechen kann, hat der deutsche Bauernstand in dieser Zeit der Krise geradezu eine heroische Leistung vollbracht.

Im gleichen Maß wie die Preise sanken, der Gelderlös zurückging, ist die Produktion des Bauern, die Ergiebigkeit des von ihm bearbeiteten Bodens gestiegen.

So hat z. B. die deutsche Eiererzeugung von 5 Milliarden Stück im Jahre 1913 eine Steigerung auf 7,1 Milliarden Stück im Jahre 1931 durchgemacht. Die deutsche Buttererzeugung hat während der letzten fünf Jahre von 4,6 auf 7,5 Millionen Zentner, also um mehr als 50 Prozent zugenommen.

Wohl die wenigsten deutschen Volksgenossen kennen die absolute Bedeutung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion. Wer weiß in Deutschland darüber Bescheid, daß z. B. der Wert der Jahresproduktion von Geflügelerzeugnissen mit rd. 1112 Millionen beinahe so hoch ist, wie der Wert der gesamten deutschen Stein- und Braunkohlen-Beförderung? Für 600 Millionen Reichsmark werden an Eiern, für 490 Millionen Mark an Geflügelfleisch und für 30 Millionen Mark an Federn und Dünger erzeugt. Die deutsche Milchproduktion bringt jährlich allein Waren im Werte von 3,7 Milliarden Reichsmark hervor. Ein Zeichen für die finanzielle Bedrängnis der deutschen Landwirtschaft ist, daß ihr Verkaufserlös jährlich jetzt nur noch 6,6 Milliarden ausmacht gegenüber 9,3 Milliarden vor einigen Jahren.

Die riesigen Anstrengungen der deutschen Landwirtschaft haben auch eine erfreuliche Verlagerung des Schwerzgewichts der deutschen Getreideversorgung vom Ausland auf das Inland zur Folge gehabt. Während im Jahre 1928 noch 24,7 Millionen Doppelzentner Weizen und 3,4 Millionen Doppelzentner Roggen, zusammen also 28 Millionen Doppelzentner Getreide, aus dem Ausland eingeführt werden mußten, sind es 1931 noch 8 Millionen Doppelzentner Getreide. Leider muß jedoch festgestellt werden, daß diesem Einfuhr-Rückgang der Zuwachs an deutscher Produktion bei weitem nicht entspricht, daß also die Drosselung auf Kosten des deutschen Volksverbrauchs ging. Diese Ueberlegung zeigt uns, daß bei aller Anerkennung für die bisherigen Leistungen der deutschen Landwirtschaft noch viel getan werden muß. **In seiner Gesamtheit ist das deutsche Volk noch bei weitem nicht genügend ernährt, wie schon aus dem Vergleich unseres Verbrauchs pro Kopf der Bevölkerung mit dem anderer Völker hervorgeht. So entfällt z. B. pro Kopf und Tag auf den Verbrauch frischer Milch in Luzern 0,90 Liter, in Newyork 0,85 Liter, in Antwerpen 0,75 Liter und im Durchschnitt von 91 deutschen Städten nur 0,25 Liter!**

Das Ziel der deutschen Agrarpolitik muß also sein, noch mehr als bisher die Kräfte des deutschen Bodens nutzbar zu machen und ferner dafür zu sorgen, daß seine Früchte dem deutschen Volksverbrauch zugute kommen. Der beste Weg hierzu ist ein ausreichender Zollschutz für die deutsche Produktion, die Hebung der inneren Kaufkraft unserer Bevölkerung durch tatkräftige Arbeitsbeschaffung. Dann werden die Opfer, die wir vorübergehend für die deutsche Landwirtschaft bringen, nicht vergeblich gebracht sein.

Erst die Aussaat, dann Verpfändung!

Stettin, 26. Mai.

Im letzten Monatsbericht der Pommerschen Landwirtschaftskammer heißt es u. a., daß im Verlauf des Aprils die Zwangsversteigerung von landwirtschaftlichen Grundstücken trotz des Sicherungsverfahrens innerhalb der Osthilfe zugenommen hat. Bei 32 Betrieben ist das Zwangsversteigerungsverfahren neu eingeleitet. Die Hälfte davon entfällt auf den Regierungsbezirk Köslin, also dem Osten der Provinz. Besondere Schwierigkeiten drohen anfangs des nächsten Jahres für die Betriebe dadurch, daß die durch Vermittlung der Landstelle zu gebenden und teils schon ausgezahlten Barmittel-Kredite bis zum 15. Januar 1933 zurückgezahlt werden müssen. Wie dies möglich sein soll, ist ein Rätsel, denn **die kommende Ernte ist in den meisten Betrieben schon verpfändet worden, bevor sie in die Halme geschossen war.**

Petroleum in Hannover

Die Bataassche Petroleum-Gesellschaft, zum Deterding-Konzern gehörend, hat von der holländischen Regierung für zehn Jahre die alleinige Berechtigung erhalten, um in den östlichen Grenzprovinzen nach Petroleum zu bohren. Es wird seitens der Geologen behauptet, daß sich die Petroleumlagerungen aus der deutschen Provinz Hannover bis nach Holland hinziehen sollen.

Der verbrannte „Georges Philippar" — eine Holzkiste

Nach einer Meldung aus Paris hat ein Ingenieur an Bord des Dampfers „Georges Philippar" sich über das Schiff wie folgt ausgelassen. Die Ursache, weshalb das Schiff plötzlich an allen Seiten brannte, lag in dem falschen und minderwertigen Material, das zu dem Bau verwandt war. Anstelle von Stahl hatte man viel zu viel Holz und dazu von minderwertiger Qualität verwendet. Die Zwischenwände bestanden aus dünnen Brettchen und der zum Anstrich verwandte Firnis war ein feuergefährliches Produkt erster Güte, das sich selbst an der glühenden Sonne entzünden konnte. Der Dampfer glich im Augenblick einer brennenden Papierfackel. Die Technik wird hier nicht die Schuld tragen, sondern die übertriebene Sparsamkeit, die angewandt werden mußte, daß die Unternehmer Gewinn machen konnten.